Grußadressen zum IV. Parteitag der KPD/ML Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 2, 12. Januar 1979 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

1.000 Streikposten demonstrierten in Mühlheim

Nein zu diesem Schandabschluß!

Die Tür zur 35-Stunden-Woche ist vorerst wieder ins Schloß gefallen. Was die Kapitalisten wegen der großartigen Kampfmoral der Stahlarbeiter allein nicht hätten schaffen können — Loderer, Herb und Freunde haben ihnen dazu verholfen. In der Nacht zum Sonntag stimmmten sie

Führung geplant — bereits bis Donnerstag abgebrochen wird oder nicht — der Kampf für die 35-Stunden-Woche muß weitergeführt werden!

Trotz allem Verrat sind die Stahlarbeiter mit gestärkter Kampfkraft aus diesem Arbeits-

Wieder über eine Million Arbeitslose

In seiner Neujahrsansprache tönte der westdeutsche Bundeskanzler Schmidt, er gehe zuversichtlich in das neue Jahr, „weil der Boden bereitet ist für eine gute politische und wirtschaftliche Entwicklung". — Eine Woche später wurde bekannt, daß die Zahl der Arbeitslosen nach offiziellen Angaben wieder die Millionengrenze überschritten hat.

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) betrug die Zahl der Arbeitslosen im Dezember 1.006.721. Sie war damit gegenüber dem Vormonat um 79.678 gestiegen; die offizielle Arbeitslosenquote hatte sich von 4,1 auf 4,4 Prozent verschlechtert.

Bei der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen besaß der Präsident der Bundesanstalt, Stingl, auch noch die Unverschämtheit, von einer „Besserung auf dem Arbeitsmarkt" zu reden. Verglichen mit früheren Jahren seien die Verhältnisse im Grunde gar nicht so schlecht. Besonders auf dem Gebiet der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit habe sich die Lage entspannt.

Stingl weiß natürlich, daß seine Angaben auf Zahlengaukelei, auf frisierten und retuschierten Statistiken beruhen. Die Arbeitslosigkeit ist weitaus höher, als es die Zahlen aussagen. In Stingls Zahlen sind diejenigen nicht enthalten, die aus der Arbeitslosenversicherung gestrichen wurden und trotzdem weiter arbeitslos sind. Über die registrierten Arbeitslosen hinaus sind so inzwischen rund 600.000 Beschäftigte — vor allem Frauen — in die „stille Re-



serve" abgewandert. Für Jugendliche, die etwa nach der Hauptschule keine Lehrstelle erhielten, wurde 1978 der Besuch einer angeblichen Förderungsmaßnahme Pflicht. Die betroffenen Jugendlichen zählen natürlich nicht als arbeitslos.

Manöver 1979 im Winter

Die großen NATO-Manöver, die bisher immer im Herbst stattfanden, sollen 1979 auf den Winter verschoben werden. Rücksichtnahme auf Bevölkerung und Landwirtschaft — so sagen die Militärs — sei der Grund hierfür. In Wirklichkeit dürfte der Grund aber in der Erprobung der westlichen Kriegsmaschinerie unter winterlichen Bedingungen zu suchen sein.

Folter in Spanien

Wie das Pressebüro der KP Spaniens/ML mitteilt, sind schon vor mehreren Wochen in mehreren spanischen Städten Genossen verhaftet und eingekerkert worden, denen vorgeworfen wird, der Partei oder der FRAP anzugehören. Sie sind von Schergen der Geheimpolizei DGS systematisch auf brutalste Weise gefoltert worden. (Artikel auf Seite 10).

Pnom Penh erobert

Der Krieg zwischen Vietnam und Kambodscha hat sich in der letzten Woche dramatisch zugespitzt. In ihrer großangelegten Offensive haben vietnamesische Truppen am Wochenende die kambodschanische Hauptstadt

einem faulen Kompromiß zu. Bereits am Montagmorgen trat dann die Große Tarifkommission zusammen und segnete den Tarifabschluß ab.

Und so war das Abstimmungsergebnis: 87 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Damit stellte sich die Große Tarifkommission offen in Gegensatz zu den Stahlarbeitern und besonders zu jenen Streikposten und betrieblichen IGM-Funktionären, die die Hauptlast der Organisierung und Festigung der Streikfront getragen haben. Diese Kollegen demonstrierten auch bei der jetzigen Sitzung der Großen Tarifkommission in der Mühlheimer Stadthalle. Und dies so zahlreich wie noch nie zuvor: Weit über 1.000 aktive Gewerkschafter waren zur Stelle.

Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich weiterzukämpfen und verurteilten scharf das schändliche Verhandlungsergebnis. „Dieser Kompromiß muß vom Tisch! Dieser Kompromiß ist ein Beschiß!" war eine der Parolen.

Die Urabstimmung wird den Schandabschluß wohl kaum mehr umstoßen können. 25 Prozent Ja-Stimmen reichen nach der undemokratischen 75-Prozent-Klausel aus, um das Ergebnis für angenommen zu deklarieren und den Streik für beendet zu erklären.

Dennoch heißt es jetzt, für eine möglichst breite Ablehnung des Schandabschlusses in der Urabstimmung zu sorgen. Denn unabhängig davon, ob der Streik — wie von der IGM-



Kampfkraft aus diesem Arbeitskampf hervorgegangen. Und das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist heute weit stärker, klarer und breiter als vor dem Streik.

(Weitere Berichte auf den Seiten 4 und 5.)

Verfassungsschutz finanziert Studentenverbände

In der vergangenen Woche wurde bekannt, daß der Verfassungsschutz eine Reihe von studentischen Organisationen mit erheblichen Beträgen finanziert. Zu den Empfängern gehören der „Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS), der „Sozialliberale Hochschulverband" (SLH) und der „Liberale Hochschulverband" (LHV). Daneben wurden auch andere Organisationen und Einrichtungen mit Verfassungsschutzgeldern bedacht, so zum Beispiel der CDU-gesteuerte Christliche Gewerkschaftsbund.

Die Zahlungen wurden in konspirativer Form bar getätigt und beliefen sich auf insgesamt 2 Millionen Mark jährlich. Wie das Bonner Innenministerium mitteilte, waren die Finanzspritzen des Verfassungsschutzes „projektgebunden". Sie sollten vor allem der „Förderung der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus" dienen. Das sah dann so aus, daß Mitglieder der vom Bonner Spitzeldienst geförderten Organisationen in antikommunistischer Hetze geschult oder daß „Untersuchungen über den Extremismus" finanziell gefördert wurden. Daß der Verfassungsschutz an solchen Untersuchungen über revolutionäre und fortschrittliche Organisationen ein großes Interesse hat und natürlich alles sehr genau wissen will, liegt auf der Hand.

Wenn also jetzt CDU-Politiker die Enthüllung der Verfassungsschutzpraktiken bejammern und darüber klagen, daß nun die finanzierten Organisationen als „Handlanger des Verfassungsschutzes" dastehen würden, kann man ihnen in dem letzten Punkt nur zustimmen.

Phnom Penh erobert. Zur gleichen Zeit haben die Pekinger Führer neue Truppeneinheiten an der vietnamesischen Grenze stationiert. (Artikel auf S. 11).

Gaswolke über Bayern

Am vergangenen Samstag wurde das südliche Bayern von einer riesigen, übelriechenden Gaswolke bedroht. Die stinkende Wolke war jedoch nicht — wie zunächst angenommen — aus dem bayrischen Landtag entwichen, sondern wahrscheinlich aus einem Leck in einer chemischen Fabrik bei Burghausen. Sie setzte sich aus den giftigen Gasen Methan, Schwefeldioxyd und Schwefelwasserstoff zusammen, die bei entsprechend hoher Konzentration zum Ersticken führen können.

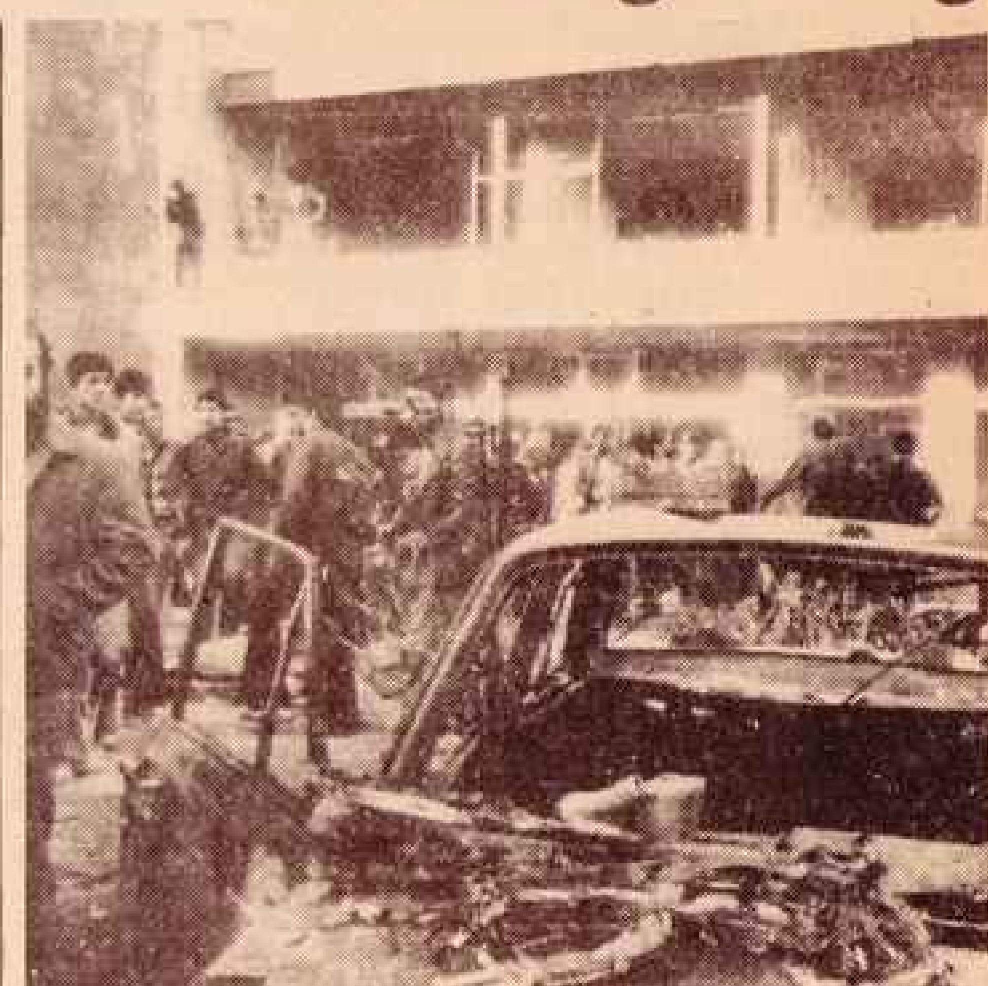
Im Ruhrgebiet war Ende letzter Woche infolge des Hochdruckwetters der Schwefeldioxydgehalt der Luft so stark angestiegen, daß in mehreren Städten Smogvoralarm gegeben werden mußte.

Iran: Kämpfe gegen die neue Regierung

Am letzten Donnerstag wurde der sogenannte Oppositionspolitiker Bakhtiar vom Schah offiziell zum Premierminister ernannt. Zuvor war Bakhtiar aus seiner Partei, der bürgerlichen „Nationalen Front", ausgeschlossen worden. In der Nacht zum Freitag waren dann wieder schwere, langanhaltende Schießereien im Norden Teherans zu hören.

Der neue Mann des Schahs setzt die Politik seiner Vorgänger fort: den schrankenlosen Terror gegen das Volk. Am Wochenende ließ Bakhtiar sogar den Urlaub für alle Soldaten streichen, ein deutliches Zeichen für die Planung neuer Militäreinsätze gegen das kämpfende Volk. Am Sonntag verurteilten die Massen in Teheran und anderen Städten in machtvollen Demonstrationen die neue Regierung und brachten ihren festen Willen zum Ausdruck, weiter für den Sturz des Schah-Regimes zu kämpfen.

Der Schah selbst hat wieder einmal einen Auslandsaufenthalt angekündigt. Gleichzeitig wurde bekannt, daß er in der letzten Zeit einen großen Teil seines zusammengeraubten Vermögens — man spricht von Summen zwischen einer halben und zwei Milliarden (!) Dollar — auf Schweizer und US-Banken überführt hat. So bereitet der Schah seine Flucht vor. Die amerikanischen Imperialisten unterstützen zwar weiter den Henker von Teheran. Sie haben jetzt aber zum ersten Mal offiziell erklärt, daß sie Kontakte zu „Oppositionspolitikern" aufgenommen hätten.



Die verwüstete Zentrale der Geheimpolizei Savak in Teheran

Gipfeltreffen auf Guadeloupe

Am Wochenende trafen die Regierungschefs der USA, der Deutschen Bundesrepublik, Frankreichs und Britanniens zu einem Gipfeltreffen auf Guadeloupe, einer französischen Kolonie in der Karibik, zusammen. Die Presse nannte das Treffen einen „Swimming-pool-Gipfel", um seinen Feriencharakter auf der sonnigen Karibik-Insel zu unterstreichen.

Die völlige Abschirmung, die strikte Geheimhaltung der Ergebnisse der Beratungen zeigen jedoch, daß es sich hier um eine klassische imperialistische Geheimkonferenz handelte. Worum ging es? Verhandelt wurden in erster Linie die China-Politik der westlichen Imperialisten, die Ereignisse im Iran und Fragen der Aufrüstung des NATO-Blocks.

So verständigten sich die vier Regierungschefs darüber, wie die westlichen imperialistischen Interessen im Iran gegen die Erhebung des Volkes zu sichern seien. Dabei trat Carter dafür ein, mit allen Mitteln den Schah an der Macht zu halten. In bezug auf China wurde bekannt, daß der britische Regierungschef Callaghan den Beschluß seiner Regierung mitteilte, die chinesischen Revisionisten mit 80 Kampfflugzeugen zu beliefern. Die Bewaffnung der Pekinger Armee durch den aggressiven NATO-Block nimmt jetzt konkrete Formen an. Und die 80 Senkrechtstarter werden nur der Anfang sein.

Kommentar

Die Urabstimmung in der Stahlindustrie steht bei Redaktionsschluß noch aus. Die Verhandlungskommission und die Mehrheit der Großen Tarifkommission aber haben ihren Frieden mit den Unternehmern schon geschlossen. Die undemokratische 75-Prozent-Klausel wird bei der Urabstimmung wohl dafür sorgen, daß Stahlkapitalisten und IGM-Führung ihren Willen kriegen: der sechs Wochen dauernde Streik der Stahlarbeiter ist zu Ende.

che Tändeleien erreicht werden konnte.

Die erste Urabstimmung mit ihrem überwältigenden Ergebnis für den Streik, der Streik selbst sowie der Kampf der ausgesperrten Kollegen haben gezeigt, daß die Stahlarbeiter genau das verstanden hatten, daß sie uneingeschränkt zu diesem Kampf bereit waren.

Aber die IGM-Führung? Mancher mag vielleicht zunächst eine Art Sinneswandel darin gesehen haben, daß Lode-

Loderer und Herb wissen, was sie tun

Für die Katz' ist dieser Streik sicher nicht gewesen. Was die Stahlarbeiter real durchsetzen konnten, ist mehr — bei weitem mehr — als die Stahlkapitalisten ihnen vor sechs Wochen noch zugestehen wollten. Zum Katzenjammer und zur Resignation ist nach diesen sechs Wochen des Kampfes gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer kein Anlaß.

Das hauptsächliche Streikziel, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, ist aber nicht erreicht worden. Vor allem soll mit diesem Abschluß der Kampf der Stahlarbeiter für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für die nächsten fünf Jahre gestorben sein. Wenn das ein Einstieg ist, ist die Mauer in Berlin ein Symbol für Freizügigkeit.

Einstieg oder nicht — die 35-Stunden-Woche steht überhaupt nicht im Tarifvertrag. Es hilft nichts, diese Tatsache zu beschönigen. Mehr hilft es, sich darüber Gedanken zu machen, wem man diese Schlappe zu verdanken hat. Denn durchsetzbar wäre die 35-Stunden-Woche,

rer, Herb und Co. nun zum ersten Mal in der Stahlindustrie zum Streik aufriefen. Aber ein Sinneswandel, eine Abkehr von der Politik der Klassenversöhnung, der Sozialpartnerschaftskumpanei, der Zusammenarbeit mit den Unternehmern war es nicht. Um den Streik kamen sie nicht herum; die Kampfentschlossenheit der Stahlarbeiter ließ ihnen keine andere Wahl. Der IGM-Führung aber ging es bei diesem Streik von Anfang an nicht darum, durch die volle Mobilisierung der Stahlarbeiter die Stahlbarone in die Knie zu zwingen, um ihnen die Streikforderungen aufzuzwingen. Für die IGM-Führung war, um es ein klein wenig überspitzt auszudrücken, der Streik die Fortsetzung der konzertierten Aktion mit anderen Mitteln.

Die IGM-Führung hat den kämpfenden Stahlarbeitern von Anfang an Knüppel auf Knüppel zwischen die Beine geworfen. Loderer, Herb und ihre Handlanger im Gewerkschaftsapparat tun das nicht aus Dummheit oder taktischer Unfähigkeit. Es ist die Politik und

„Bild"-Redakteure als Einbrecher

Man traute seinen Augen nicht! Da empörte sich am vergangenen Samstag die „Bild-Zeitung" *über einen Polizeieinsatz* — die „Bild-Zeitung", die ansonsten nicht müde wird, nach noch mehr Polizeieinsätzen und noch mehr Polizeistaat zu schreien. Die Zeitung schrieb: „Sie kamen mit Pistolen. Sie wurden gegen einen Mitarbeiter handgreiflich bis zur Körperverletzung. Sie besetzten die Frankfurter Redaktion der ‚Bild-Zeitung' in der Art eines Sturmangriffs — Polizeiaktion." — Es war also auch noch das Hetzblatt selbst, gegen das sich die Polizeiaktion richtete! Die Welt schien auf dem Kopf zu stehn! Was war geschehen?

Die Affäre hatte mit der Festnahme eines 22jährigen Schülers in Frankfurt unscheinbar begonnen. Der Haftbefehl lautete auf Verdacht des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz. Die Massenmedien aber wußten mehr über den Fall zu berichten. Der Schüler — so hieß es — sollte minderjährige Mädchen in seine Wohnung gelockt, verführt, ihnen Blut abgezapft und das Blut getrunken haben. Der Wahrheitsgehalt dieser Vorwürfe steht bis heute nicht fest. Im Haftbefehl jedenfalls war von Verführung Minderjähriger und von Körperverletzung nicht die Rede; der Untersuchungsrichter hatte beides als Haftgrund sogar ausdrücklich abgelehnt.

„Bild" jedoch nahm unverzüglich die Blutspur auf. Drogen, Sex und Blut — Blut gleich eimerweise —, das war eine Verheißung, der die „Bild-Zeitung" nicht widerstehen konnte. Das war ein Fall, in dem sich die „Bild"-Macher suhlen, den sie auswalzen, mit dem sie im wahrsten Sinn des Wortes die Seiten ihrer Zeitung beschmieren konnten. Sie gingen ans Werk. Und ihr Hunger nach Sensation, ihr Durst nach Blut war so groß, daß sie — journalistische Vampire — sich über jedes Hindernis gesetzlicher oder sonstiger Art, das sich ihnen entgegenstellte, unbeirrt hinwegsetzten.

„Bild" steckte nun zurück. In der Freitagausgabe wurde über den Fall nicht mehr berichtet; in der Samstagausgabe wurde der angebliche Vampir nur noch als „Drogentäter" bezeichnet.

Inzwischen aber war bekanntgeworden, wie die „Bild-Zeitung" an das „Material" für ihre Greuelstory gelangt war.

Einer Lehrerin waren zu Beginn der Woche zwei Männer aufgefallen, die vor einer Schule in Sachsenhausen — dem Wohnort des „Drogentäters" — Mädchen verhörten, indem sie sich als Kriminalbeamte ausgaben. Auf eine Anfrage hin stellte sich jedoch heraus, daß die beiden nicht von der Kripo, sondern — wahrscheinlich — von der „Bild-Zeitung" waren. Auch in diesem Fall wird noch ermittelt.

Um jedoch den eingangs erwähnten Polizeieinsatz zu provozieren, mußten sich die „Bild"-Reporter jedoch noch einiges mehr leisten. Sie leisteten es. Einmal die Blutwitterung in der Nase, machten sie auch vor verschlossenen und versiegelten Türen nicht halt. Sie brachen ein. Sie öffneten mit Gewalt das Schloß zur Wohnung des festgenommenen Schülers, machten in der Wohnung Fotos — die mittlerweile zum Teil in der Zeitung erschienen sind — und entwendeten Adressen und andere Papiere. Die auf diesen Einbruch hin erfolgte Durchsuchung der Räume der Frankfurter „Bild"-Redaktion förderte, so die Polizei, die entsprechenden Beweismittel gegen Reporter der Zeitung zutage.

Die Frankfurter Polizei gibt seit Donnerstag keine Auskünfte mehr über die Frankfurter „Bild"-Vampire. Die bekanntgewordenen, vorstehend aufgeführten Fakten reichen jedoch aus, um einen Einblick in die Arbeitsweise der „Bild-Zeitung" zu gewinnen. Sie bestätigen voll und ganz, was etwa Günter Wallraff über die lumpenjournalistischen Methoden dieses reaktionären Hetzblattes enthüllt hat.

Interessant ist noch, was „Bild" selbst meint. Die angewendeten massiv kriminellen Praktiken sind ihr nur eine „Winzigkeit", die den polizeilichen Einsatz nicht rechtfertigen. Wörtlich heißt es: „Der Anlaß war winzig: Es ging um die Beschaffung von Fotos eines Drogentäters. . . . Das hätte eine Rückfrage gerechtfertigt, vielleicht ein Ermittlungsverfahren. Aber 20 Polizisten, die deshalb eine Redaktion durchwühlen?" Wo käme „Bild" hin, wenn wegen so winziger Anlässe jedesmal gleich die Polizei erschiene!



Aus Kummer über den Tod seiner Frau nahm sich der Westberliner Rektor Baatz das Leben. Und das machten die Leichenschänder der „Bild"-Redaktion daraus. Eine der üblichen dreisten und schmutzigen Lügen aus Springers Drecksblatt, verbrämt mit antikommunistischer Hetze. Der Sohn des Rektors, Jürgen Baatz (unser Bild), verlangte eine Richtigstellung. Sie wurde ihm von den „Bild"-Leuten verweigert. Er mußte erst vor Gericht gehen, um zu erreichen, daß die Lügen über den Tod seines Vaters zurückgenommen wurden.

Katholiken-ZK fordert

sogar ablehnen und bekämp-

danken hat. Denn durchsetzbar wäre die 35-Stunden-Woche, zumindest ein deutlicher Schritt in ihre Richtung und ihre Verankerung im Tarifvertrag, für die Stahlarbeiter sehr wohl gewesen.

Natürlich — daß es kein Spaziergang werden würde, war von Anfang an klar. Je mehr die kapitalistische Krise sich verschärft, desto klarer tritt die Unversöhnlichkeit der Interessen der Arbeiterklasse und der Kapitalisten zutage. Von Anfang an haben die Stahlkapitalisten keinen Zweifel daran gelassen, daß sie von einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit nichts, aber auch gar nichts wissen wollen. Von Anfang an war klar, daß sie in ihrer provokatorischen Haltung von allen Kapitalisten, von allen Unternehmerverbänden in jeder Hinsicht unterstützt werden würden. Von Anfang an war klar, daß eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit nur durch den kompromißlosen Kampf und nicht durch Verhandlungen, Schlichtung oder sonstige sozialpartnerschaftliche Dummheit oder taktischer Unfähigkeit. Es ist die Politik und der Ehrgeiz dieser Leute, nach Möglichkeit größeren Schaden von den Kapitalisten und dem Kapitalismus abzuwenden. Man darf ihnen schon zutrauen, daß sie wissen, daß das nur auf Kosten der Arbeiter und Angestellten möglich ist.

„Jetzt müssen Köpfe rollen" — schon während des Streiks konnte man in den Diskussionen der Streikposten diese Forderung immer wieder hören. Das ist schon richtig. Noch wichtiger aber ist: Mit dieser Politik der Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung, der Verteidigung der Unternehmerinteressen und des Kapitalismus, muß endlich aufgeräumt werden. Die Alternative zu Loderer und Herb heißt mit Sicherheit nicht Steinkühler, der die Metaller Baden-Württembergs mehr als einmal in die Pfanne gehauen hat. Die Alternative heißt RGO, in den Gewerkschaften organisiert für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik kämpfen, Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen.

H. D. Koch.

ihnen entgegenstellte, unbeirrt hinwegsetzten.

In großer Aufmachung — „Der Vampir von Sachsenhausen" — erschienen am letzten Mittwoch und Donnerstag Greuelberichte in der „Bild-Zeitung". Die Berichte brachten der Zeitung ein erstes Ermittlungsverfahren wegen verleumderischer Berichterstattung ein. Die „Frankfurter Allgemeine" schrieb dazu: „Wesentlicher Grund für das Eingreifen der Staatsanwaltschaft war die Darstellungsweise des Falles und die Schilderung der Person des Beschuldigten, an dem begangen worden sei, was man gemeinhin ‚Rufmord' nenne." —

Katholiken-ZK fordert schärfere Berufsverbote

Die Kirche — speziell die katholische — hat nicht mehr die furchtbare Macht, die sie durch die Jahrhunderte hindurch besaß; jedoch der Geist der Inquisition steckt immer noch in ihren Handlungen und Verlautbarungen.

Nicht genug, daß die katholische Kirche ihre eigenen Mitglieder und Angestellten zu maßregeln und zu überwachen sucht; das „Zentralkomitee der deutschen Katholiken" (ZdK) hat nun auch den westdeutschen Staat zur Beibehaltung und Verschärfung seiner Berufsverbots- und Schnüffelpraxis aufgefordert. Das ZdK bezeichnete es als unerträglich, „daß Eltern durch staatliche Maßnahmen (nämlich Lockerung der Berufsverbote) dazu gezwungen werden können, die Erziehung ihrer Kinder Lehrern überlassen zu müssen, die unsere Verfassung und die ihr zugrundeliegende Wertordnung nicht vertreten, ja sogar ablehnen und bekämpfen." Nach Meinung des ZdK soll nicht nur gegen Feinde, sondern auch schon gegen Laue eingeschritten werden. Es sei erforderlich — so das ZdK —, daß der Beamte „mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, innerlich distanzierte Haltung gegenüb[er] Staat und Verfassung an de[n] Tag legt."

Die Äußerungen zeigen eindrucksvoll, welch reaktionärer Kern sich hinter dem christlichen Geschwafel von Liebe und Mitleid mit den Verfolgten und Unterdrückten wirklich verbirgt.

Wird die GSG 9 durch Soldaten verstärkt?



GSG 9 beim Karatetraining

Wie nun bekanntgeworden ist, sind im Bundesinnenministerium Überlegungen angestellt worden, das Rekrutierungsfeld der berüchtigten Bundesgrenzschutztruppe GSG 9 auszuweiten. Danach sollen auch ehemalige Bundeswehrsoldaten ihre Reihen verstärken können. Die Soldaten sollen eine Ausbildung als Kampfschwimmer, Fallschirmjäger oder Angehöriger einer Luftlandeeinheit nachweisen können.

Diese Überlegungen sind ein weiterer Beleg für Bestrebungen, die westdeutschen Polizeikräfte weiter zu militarisieren, sie auf bürgerkriegs- und kriegsmäßige Einsätze vorzubereiten. Sie sind auch ein Ausdruck der Bemühungen, die Bundeswehr stärker auf den Einsatz gegen die westdeutsche Bevölkerung auszurichten. So gab es zum Beispiel Bestrebungen, den Schutz der Atomentsorgungsanlage Gorleben durch Bundeswehr vornehmen zu lassen. So gab es nach der Schleyer-Entführung die Forderung des CDU-Generalsekretärs Geißler, die Bundeswehr auch zur „Terrorbekämpfung", zur sogenannten Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit einzusetzen.

Zitat der Woche

„Eines der gefährlichsten Worte der Nachkriegszeit" hat nach Ansicht des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff (CDU) der ehemalige Kanzler Brandt ausgesprochen. Es stammt aus der Regierungserklärung von 1969 und lautet „Mehr Demokratie wagen".

Möcklinghoff erklärte, Demokratie sei an sich bereits ein Wagnis, weil sie von einer Gleichheit der Stimmen bei Wahlen trotz unterschiedlicher Erkenntnisfähigkeit der Wähler ausgehe. Der Innenminister forderte zwar keine Rückkehr zum Klassenwahlrecht der Kaiserzeit. Er stellte jedoch fest: Werde aber die Demokratie auf alle gesellschaftlichen Bereiche wie Universität oder Betrieb ausgedehnt, gerate die Staatsform in Gefahr.

Wie man sieht: Bei diesem Innenminister ist unsere „Staatsform" bestens aufgehoben.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

SED leugnet Einheit der Nation

Feiern zum 60. Jahrestag der KPD-Gründung

Die Spitzen der SED trafen in der Deutschen Oper, Ostberlin, zur großen Feierstunde zusammen. Der Anlaß war die sechzigste Wiederkehr des Tages, an dem die KPD gegründet wurde. Aus Westdeutschland hatte man sich den DKP-Boß Mies herbeigeholt. Ihm wurde die Ehre zuteil, direkt neben SED-Chef Honecker, dem Finanzier der DKP, plaziert zu werden.

Die Festansprache hielt das SED-Politbüromitglied Kurt Hager. Seine Rede strotzte von dreisten Lügen und Unverschämtheiten, mit denen er das heutige Regime der DDR als genau das hinstellen wollte, was sich Generationen deutscher Kommunisten erhofft hätten. Er zählte sogar die Unterdrückungsorgane der sozialfaschistischen Diktatur einzeln der Reihe nach auf — vom Staatssicherheitsdienst bis zu den Grenztruppen, die „Republikflüchtlinge" wie die Hasen abknallen —, und stellte diese Organe auf eine Linie mit den Verbänden der bewaffneten Arbeiter, die vor 60 Jahren für die Vernichtung von Leuten seines Schlages, für den Sturz der Bourgeoisie und die proletarische Diktatur gekämpft haben.

„Wir haben das Vermächtnis der Gründer der KPD in Ehren erfüllt." Mit solchen dreisten Sprüchen — zu denen der westdeutsche Gast, Herr Mies, frenetisch Beifall klatschte — versuchte Hager ein Erbe für die Honecker-Clique zu vereinnahmen, das sie in Wahrheit vollständig verraten hat. Auch die Werktätigen der DDR wurden auf dieses angemaßte Erbe verpflichtet, sie wurden zum „revolutionären Handeln hier und heute" aufgefordert. Wie das aussehen soll? Da gab Hager jede Menge Stichpunkte, etwa „Steigerung der Arbeitsproduktivität", „sozialistische Rationalisierung", „neue Verpflichtungen im Wettbewerb zu Ehren des 30. Jahrestages der DDR" usw. usf. Im Klartext: Die Werktätigen sollen noch mehr schuften für die Profite der neuen Bourgeoisie.

Einen großen Teil seiner Rede widmete Hager einem Problem, das nach seinen eigenen Worten gar nicht existiert: der nationalen Frage. „Eine sogenannte deutsche Frage gibt es in Wirklichkeit nicht", erklärte er. Warum dann überhaupt darüber reden? Hager bediente sich eines schäbigen und demagogischen Tricks, wie ihn die SED-Bosse seit geraumer Zeit gebrauchen. Er zeigte mit drohendem Finger auf die westdeutschen Imperialisten, die ja bekanntlich vom „Offenhalten der deutschen Frage" reden. Sicher, dahinter verbergen sich ihre revanchistischen Absichten. Sie, die nach dem Krieg im Verein mit den amerikanischen Imperialisten unser Land gespalten haben, um das Entstehen eines einheitlichen demokratischen Deutschlands zu verhindern, sie haben die Absicht nie aufgegeben, eines Tages wieder ganz Deutschland unter ihre Herrschaft zu zwingen.

Aber diese Absicht haben sie nicht erst seit heute oder seit ein paar Jahren. Diese Absicht haben sie seit jeher gehabt. Und die Planung und Durchführung des konterrevolutionären Putsches vom 17. Juni, der sich 1978 zum 25. Mal jährte, zeigten, mit welchen Mitteln sie daran gingen, ihre Absichten in die Tat umzusetzen. Die aggressiven und revanchistischen Pläne der Bonner Herren jedoch sind die eine Seite. Die andere Seite ist der Kampf des deutschen Volkes für die Wiederherstellung der von den westlichen Imperialisten willkürlich zerbrochenen nationalen Einheit. Was haben denn diese beiden Dinge miteinander zu tun?

Der Kampf des deutschen Volkes in beiden Teilen Deutschlands für die Einheit der Nation hat sich stets **gegen** die westdeutschen Spalter und Revanchisten gerichtet. Er war immer ein Kampf für ein Deutschland, frei von Ausbeutung und Unterdrückung. An seiner Spitze standen die Kommunisten in Ost und West. Man könnte Hunderte von Beispielen dafür anführen, Hunderte von Aufrufen wie den folgenden („An alle Deutschen") zitieren, der im Jahr 1951 von der Volkskammer der DDR verabschiedet wurde und mit den



Polizeieinsatz gegen aufgebrachte DDR-Bürger



der SED-Führer auf diese Frage einen so großen Teil seiner Ansprache verwandt? Weil die Werktätigen der DDR weiter festhalten an dem Bestreben nach der Einheit der Nation. Ihnen soll gedroht werden: Jeder, der auch nur den Gedanken daran auszusprechen wagt, ist als Abent Bonns abgestempelt.

Gleichzeitig sollen die Werktätigen auf das „Bündnis mit der Sowjetunion" eingeschworen werden. Diese Sowjetunion unter dem Kommando Breschnews — nach Hagers Worten muß sie eine wahre Märchenfee sein. Sie ist der Quell der „Kraft und festen Zuversicht" für die DDR, ihr fester Rückhalt in allen Bereichen des Lebens usw. usf. Die arbeitenden Menschen in der DDR jedoch wissen, was die heutige Sowjetunion wirklich ist: eine imperialistische Besatzermacht, die den östlichen Teil Deutschlands unter kolonialer Herrschaft hält. Deshalb hassen sie die russischen Besatzer, deshalb hassen sie auch deren Lakaien vom Schlage eines Honecker oder Hager, die auf der einen Seite das Fortbestehen der deutschen Nation leugnen und auf der anderen Seite die DDR immer mehr zu einer Moskauer Pro-

Bilanz des Terrors

Eine düstere Bilanz können die Herren in Ostberlin für das vergangene Jahr ziehen. 60 Fälle wurden bekannt, in denen an der Grenze zu Westdeutschland und Westberlin auf Flüchtlinge geschossen wurde. Selbstschüsse ausgelöst wurden oder Minen detonierten. Ein Mensch wurde dabei getötet. Die Gesamtbilanz seit dem Mauerbau im Jahr 1961: 174 Menschen starben an den Westgrenzen der DDR.

Außenhandelsabkommen

Wachsendes Defizit der DDR

In der DDR-Presse wurde das neue Protokoll über den Außenhandel zwischen Moskau und Ostberlin für das Jahr 1979 veröffentlicht. Danach soll in diesem Jahr der Außenhandel mit der Sowjetunion auf die Rekordsumme von 8 Milliarden Rubel ansteigen. Im vergangenen Jahr lag der Umsatz bei 7,3 Milliarden Rubel (1977 — 6,4 Milliarden).

Die DDR hat sich in dem Abkommen zur verstärkten Lieferung von Investitionsgütern, Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie, Waren der Elektrotechnik/Elektronik usw. verpflichtet. Von allen Ländern des Moskauer Machtbereichs leistet die DDR den größten Anteil bei der Ausrüstung der sowjetischen Industrie.

Die Sowjetunion wird in die DDR vor allem Rohstoffe liefern. Im vergangenen Jahr bezog die DDR zum Beispiel 90 Prozent ihres Bedarfs an Erdöl aus der Sowjetunion. Keine

Planziffern für 1979

Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in der DDR

1978 nahmen in der DDR die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu. Trotz massiver Propagandakampagnen, trotz des Einsatzes der Armee bei der Ernte und trotz eines landesweiten „freiwilligen" Arbeitseinsatzes im Oktober erreichte die DDR die für 1978 gesteckten Planziele nicht. Damit ist auch die Erfüllung des Fünfjahrplans 1976-1980 bereits vorfristig gescheitert. Der Rückstand beträgt 13 bis 14 Milliarden Mark und ist nicht mehr aufzuholen.

Die wirtschaftliche Misere war schon Mitte Dezember auf der Tagung der Volkskammer, auf der die Volkswirtschafts- und Staatshaushaltspläne für 1979 verabschiedet wurden, klar zum Ausdruck gekommen. In den verschiedenen Berichten und Reden wurden Zahlen genannt. Danach hatte die DDR für das Jahr 1978 ein Nationaleinkommen von 161 Milliarden Mark, 2 Milliarden weniger als geplant. Statt der vorgesehenen Wachstumsrate von 5,2 Prozent wurden nur rund 4 Prozent erreicht.

Eingedenk der 1978 nicht erreichten Wachstumsziffern wurden die Wachstumsziffern für das Jahr 1979 von vornherein meist niedriger angesetzt. Die DDR-Führung will 1979 das Volkseinkommen — statt 5,2 Prozent im Vorjahr — nur noch um 4,3 Prozent steigern, die Arbeitsproduktivität — statt 5,0 Prozent — um 4,6 Prozent, die Produktivität des Bauwesens — statt 5,7 Prozent — um 4,2 Prozent, den Außenhandelsumsatz — statt 11,0 Prozent — um 9,8 Prozent.

Es fällt auf, daß die Steigerung des Außenhandelsumsatzes, trotz einer Zurücknahme der Kennziffer, immer noch mehr als doppelt so hoch veranschlagt wird wie die Steigerung des Nationaleinkommens. Die neue Bourgeoisie in der DDR wird auch im begonnenen Jahr verstärkt für den Export produzieren lassen, wird der Bevölkerung Güter entziehen, um sich dafür Devisen für ihren Bedarf ins Land zu holen. Dies zum einen.

Zum anderen belegt die Sowjetunion 1979 einen noch größeren Sektor des Außenhandels der DDR. Stieg schon im Jahr 1978 der Export in die Sowjetunion um 12,2 Prozent an, so ist für dieses Jahr eine Steigerung von 15,9 Prozent geplant. In diesen Zahlen drückt sich die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion, drückt sich die zunehmende Ausplünderung durch die Sowjetunion aus, die ein wesentlicher Grund für die in der DDR sich stetig verschärfende Krise ist.

Die Pläne der DDR-Führung sehen für dieses Jahr auch eine Steigerung der Militärausgaben von insgesamt 11,57 Milliarden auf 12,15 Milliarden Mark vor. Dabei sollen die Ausgaben für „Verteidigung" auf 8,67 Milliarden, die für innere Sicherheit und die Sicherheit der Grenzen auf 3,47 Milliarden Mark steigen. Die angegebenen Zahlen kennzeichnen mit Sicherheit nicht den ganzen Umfang der in diesem Jahr zu tätigenden Militärausgaben. Nicht einbezogen in die Zahlen sind auch die Ergebnisse des Gipfeltreffens der Spitzen des Warschauer Paktes, wo für 1979 eine weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben beschlossen wurde.

Die Steigerung des Militäretats spiegelt die Kriegsvorbereitungen der sowjetischen Supermacht, deren Vasall die DDR-Führung ist, wider. Sie zeigt, daß sich die neue Bourgeoisie in der DDR auf kriegerische Auseinandersetzungen sowohl nach außen als auch im Innern verstärkt vorbereitet. Nicht anders als in den kapitalistischen Staaten des Westens beschleunigt auch in der revisionistisch-kapitalistischen DDR die Aufblähung des Militärbudgets den wirtschaftlichen Niedergang.

Verstärkte Arbeitshetze, Rationalisierungen, weiterer Abbau des Lebensstandards, weitere Militarisierung, Arbeit für den Beutel der eigenen und der sowjetischen Herren, Verschärfung der Krise — das ist das wirtschaftliche Programm, das die ostdeutschen Revisionisten der Arbeiterklasse in der DDR für 1979 bereitet haben.

Volkskammer der DDR verabschiedet wurde und mit den Worten schloß: „Kämpft für die Einheit Deutschlands und den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages! Es lebe das einheitliche, unabhängige, demokratische und friedliebende Deutschland!"

Damals, als es wirklich zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden gab, die sozialistische DDR und die kapitalistische Deutsche Bundesrepublik, damals kämpfte die SED mit der Unterstützung der Sowjetunion Stalins unermüdlich für die Einheit der Nation. Heute, wo die DDR zu einem kapitalistischen Staat und einem Anhängsel des Moskauer Imperialismus entartet ist, versuchen ihre Herren — wie es Hager jetzt wieder tat — die nationale Frage zu einem revanchistischen Hirngespinst Bonns zu machen. Aber warum hat denn deren Seite die DDR immer mehr zu einer Moskauer Provinz machen.

Die Feiern zum 60. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD haben eins wieder deutlich gemacht: für die Machthaber in Ostberlin ist das große revolutionäre Erbe der deutschen Arbeiterklasse nur ein Etikett, das sie sich in unverschämter Weise anstecken, um das Volk zu betrügen. Die wahren Fortsetzer dieses Erbes in der DDR sind die Genossen der KPD/ML, die in tiefster Illegalität den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse zum Sturz der Herrschaft der Moskauer Imperialisten und ihrer Ostberliner Lakaien organisieren. Ihr Kampf, vereint mit dem unseren, wird erst das verwirklichen, was sich die Generationen seit 1918 erhofft haben: ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

öl aus der Sowjetunion. Keine Angaben macht die Ostberliner Presse über das Verhältnis von Ein- und Ausfuhr zwischen den beiden Ländern. Damit soll die Tatsache vertuscht werden, daß die DDR im Außenhandel mit der Sowjetunion ein von Jahr zu Jahr steigendes Defizit zu verzeichnen hat. 1975 betrug es 337,2 Millionen Rubel, 1976 waren es bereits 438,6 Mio., 1977 stieg es auf 595 Mio. an. Diese Entwicklung läßt vermuten, daß auch im vergangenen Jahr das Handelsdefizit weiter angewachsen ist. Eine Ursache dafür ist die ständige Verteuerung der Erdöllieferungen durch die Kreml-Herren.

In dem wachsenden Handelsdefizit drückt sich deutlich der ungleiche Charakter der Wirtschaftsverträge aus, die der DDR von Moskau aufgezwungen werden.

Kältewelle in der DDR

Schwerwiegende Folgen für die Bevölkerung hatte die Kältewelle der letzten Wochen auch in der DDR, obwohl die Räumung der Schneemassen — wie selbst westliche Korrespondenten berichteten — wesentlich zügiger vor sich ging als in Westdeutschland und Westberlin. Besonders stark betroffen ist die Energieversorgung des Landes. Die Stromerzeugung hängt zu zwei Dritteln von der Braunkohleerzeugung ab, die aber wegen der Vereisung des Bodens weitgehend zum Erliegen kam.

Für mehrere Städte wurden Stromsperren für die Bevölkerung angeordnet. In Ostberlin und anderen Orten haben die Behörden die Straßenbeleuchtungen abgeschaltet. Eine Ausnahme gab es dabei allerdings: die Mauer war nach wie vor in gleißendes Licht getaucht.



Chaoten in den Streikleitungen?

„Kräfte, die politisch nichts mit der IG Metall zu tun haben, die aber überall dabei sind, wenn irgendwo in der Bundesrepublik demonstriert wird" — so geiferte IGM-Boß Loderer im Fernsehen. Der Anlaß: In Mülheim demonstrierten ca. 150 Stahlwerker — Streikposten und IGM-Funktionäre —mit einer „Kranzniederlegung" vor der gerade tagenden Großen Tarifkommission. Ihr Protest richtete sich dagegen, daß die IGM-Führung die Forderung nach der 35-Stunden-Woche zu Grabe tragen will. Andere Bonzen des IGM-Apparats fanden knackigere Schimpfworte: „Pöbel"; „Chaoten"; „Gewerkschaftsfeinde"...

Aber wer ist hier der Gewerkschaftsfeind? Bei dem größten Teil der Stahlkocher, die inzwischen mehrfach in Mülheim waren, um der Großen Tarifkommission mit allem Nachdruck vor Augen zu führen, wie die gewerkschaftliche Basis denkt und was sie will, handelt es sich um Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall.

Sie kamen hauptsächlich von Mannesmann, Thyssen und Hoesch. Natürlich waren auch RGO-Kollegen mit dabei. Organisiert waren die Aktionen von den Vertrauensleutekörperleitungen von Mannesmann, Thyssen und teilweise auch von Hoesch-Westfalenhütte. Das heißt also: Zu den „Chaoten" gehören auch Mitglieder der betrieblichen Streikleitungen der wichtigsten Stahlbetriebe an Rhein und Ruhr.

Nicht aber derjenige, der gegen einen solchen Verrat protestiert und sich dafür einsetzt, daß der Streik erfolgreich zu Ende geführt wird. Hundertfach, tausendfach haben die streikenden und ausgesperrten Stahlkocher betont: „Wenn wir schon so lange streiken, Tag und Nacht bei Eis und Nässe vor den Toren stehen, große finanzielle Einbußen zu tragen haben, dann muß auch ein echter Einstieg in die 35-Stunden-Woche herauskommen; dafür sind wir bereit, weiterzustreiken, so lange wie es notwendig ist."

Warum aber wollen Loderer und Herb entgegen dem Willen der Kollegen einen faulen Kompromiß durchziehen, der mit der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nichts mehr zu tun hat? Der hinten und vorne nicht geeignet ist, die Arbeitsplatzvernichtung durch die Stahlbarone zu bremsen oder gar zu stoppen? Weil es ihnen eben nicht darum geht, die Interessen der Arbeiter durchzusetzen. Im Gegenteil: Sie machen sich Sorgen wegen der Schwierigkeiten, in die die Konzernherren durch den Streik geraten sind. Sie wollen das Kapital vor Schaden bewahren. Es tut ihnen leid um die Profite, die den Monopolkapitalisten verloren gehen. Was spielt es demgegenüber schon für eine Geige, daß ein paar Zehntausend Stahlwerker in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren sollen?

Gerade jetzt, wo der Streik bei den Kapitalisten Wirkung zeigt, wo er ihnen an den Nerv geht, wo sie verstärkt unter









Über tausend Steikposten demonstrierten in Mühlheim

Dieser Kompromiß ist ein Beschiß!"

heißt also: Zu den „Chaoten" gehören auch Mitglieder der betrieblichen Streikleitungen der wichtigsten Stahlbetriebe an Rhein und Ruhr.



Ohne Übertreibung kann man sagen: Wer hier von Loderer und Herb verunglimpft und beschimpft wurde, das sind jene Kollegen, die vor Ort einen Großteil der Organisierungs- und Mobilisierungsarbeit für den Streik leisten. Sie gehören zum kampfbereitesten, aktivsten Kern der Streikfront. Ohne diese Kollegen könnten Loderer, Herb und Co. einen gut organisierten, kämpferischen und geschlossenen Streik gar nicht auf die Beine stellen (oder sollte man besser sagen: Ohne sie hätte die IGM-Führung es vielleicht eher geschafft, einen Streik überhaupt zu „vermeiden"?).

Man kann das Wörtchen „Gewerkschaftsfeind" bekanntlich in verschiedenem, ganz entgegengesetztem Sinn gebrauchen. Worte sind eben geduldig. Eines aber steht fest: Ein Feind der Stahlwerker, ein Feind der einfachen Gewerkschaftsmitglieder, ist derjenige, der die Kollegen um die Früchte ihres seit mehr als sechs Wochen andauernden, außergewöhnlich harten und schweren Kampfes, für den sie schon beträchtliche Opfer gebracht haben, zu betrügen versucht.

verlieren sollen?

Gerade jetzt, wo der Streik bei den Kapitalisten Wirkung zeigt, wo er ihnen an den Nerv geht, wo sie verstärkt unter Druck gesetzt sind, weil er sich auch in anderen Branchen auszuwirken beginnt, also gerade an dem Punkt, wo der Damm der vereinten Widerstandsfront der Kapitalistenklasse gegen einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu brechen beginnt — gerade an diesem Punkt setzen die IGM-Führer alles in Bewegung, um den Streik abzuwürgen und mit einem faulen Kompromiß abzuschließen.

Die Hetze gegen die Protestaktionen in Mülheim soll die oppositionellen Kräfte mundtot machen, die sich an die Spitze des Widerstands gegen einen Verrat gestellt haben. Diese Hetze liegt im Grunde auf der gleichen Wellenlänge wie die Hetztiraden im Fernsehen und in der Presse, mit denen jetzt aus vollen Rohren der Streik verteufelt wird.

Die klassenbewußten Stahlkocher und Gewerkschafter dürfen sich davon nicht beirrenlassen. Es geht um Sieg oder Niederlage in einem Arbeitskampf von großer Tragweite. Es geht um die Verteidigung Zigtausender von Arbeitsplätzen, um die Zukunft vieler Tausend Arbeiterfamilien.

Über tausend Steikposten demonstrierten in Mühlheim

„Dieser Kompromiß ist ein Beschiß!"

Trotz der Chaotenhetze der IGM-Bonzen kamen am Montag Vormittag, als die Große Tarifkommission über den Schandabschluß zu befinden hatte, zwischen 1.000 und 1.200 Streikposten mach Mülheim, um die Bonzen unter Druck zu setzen.

Das waren weit mehr, als bei den vorhergehenden Tarifkommissionssitzungen gekommen waren. Sogar aus Bremen kamen in drei Bussen streikende Stahlarbeiter und IGM-Funktionäre angereist.

Gleich am Anfang wurden die Kollegen mit einer unverschämten Provokation konfrontiert: die Stadthalle war diesmal geschlossen. Ein Kollege dazu über Megafon: *„Ich bin seit 27 Jahren Mitglied der IG Metall. Was ich hier erfahren muß, ist sehr traurig. Zum ersten Mal wurde ich nicht nur von den Unternehmern ausgesperrt, sondern auch von der Gewerkschaftsführung!"*

Trotz dem Schandabschluß vom Wochenende hatten die Kollegen ihren Kampfgeist nicht verloren. *„Eins, zwei, drei, vier — die Arbeitszeit verkürzen wir — für alle!"* wurde wieder skandiert. Und: *„Dieser Kompromiß muß vom Tisch — dieser Kompromiß ist ein Beschiß!"* Ein anderer Spruch lautete: *„Dieser Kompromiß ist Weisweilers Falle — wir wollen kürzere Arbeitszeit für alle!"*

Als das Abstimmungsergebnis der Tarifkommissionssitzung bekannt wurde — 87 Mitglieder stimmten für den Schandabschluß, 38 dagegen, eine Enthaltung — rief ein Stahlarbeiter den Bonzen zu: *„Wofür bezahlen wir euch eigentlich?!"* Ein anderer Kollege: *„Wir müssen eine neue Gewerkschaft gründen!"* Dem entgegnete ein weiterer: *„Nein — wir bleiben in der IG Metall und ändern das!"*

Die Empörung unter den versammelten Streikposten, unter ihnen viele betriebliche IGM-Funktionäre und auch die betrieblichen Streikleitungen von Mannesmann, Thyssen und Hoesch, war ungeheuer. Sie wurde noch dadurch gesteigert, daß bekannt wurde, wie die Bonzen jetzt im Eiltempo die Urabstimmung durchziehen und den Streik abblasen wollen. Bereits am Montag Abend soll sie beginnen. Bis Mittwoch Nachmittag soll sie abgeschlossen sein.

Damit wird es schwer sein zu verhindern, daß viele Kollegen wegen Urlaub, Krankheit oder ungünstiger Schichtzeiten nicht an der Abstimmung teilnehmen können. Die nicht abgegebenen Stimmen werden aber als Ja-Stimmen mitgezählt! Für die Urabstimmung vor Beginn des Streiks hingegen hatten die IGM-Führer mehrere Tage Anlaufzeit gelassen.

Der Kampf für eine möglichst geschlossene Ablehnung des Schandabschlusses in der Urabstimmung ist jetzt von entscheidender Bedeutung. Auch wenn Loderer, Herb und Konsorten die 25 Prozent wahrscheinlich bekommen werden, die sie nach der berüchtigten 75-Prozent-Klausel nur benötigen. Denn der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geht weiter — trotz alledem!

Auch wenn sich der Abbruch des Streiks nicht mehr verhindern lassen sollte, eines hat der mehr als sechs Wochen dauernde harte Arbeitskampf bewirkt: Noch nie waren sich die Stahlarbeiter so einig, daß dieses Ziel im Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden muß, um die Arbeitsplatzvernichtung zu bremsen. Diese Einigkeit, aber auch ein klares Klassenbewußtsein, eine erstarkte Kampfentschlossenheit, sind Ergebnisse des Streiks, die keine Tarifkommission unter den Tisch stimmen kann!







Am 2. Januar demonstrierten ca. 500 Stahlwerker von Mannesmann, Thyssen und Hoesch in Mülheim bei der Sitzung der Großen Tarifkommission gegen die Zustimmung zu Fahrtmanns Schlichtungsvorschlag. **„Eins, zwei, drei, vier, die Arbeitszeit verkürzen wir — für alle!"** — so hallte es immer wieder durch den Sitzungssaal. Und weiter riefen die Kollegen, unter ihnen viele Betriebsräte und Vertrauensleute: **„Wer diesen Kompromiß will halten, der will die Arbeitnehmer spalten!"** Als die Sitzung der Tarifkommission beginnen sollte, forderten die Kollegen, daß ihre Anwesenheit zugelassen würde. Dies wurde jedoch abgelehnt, was die Kollegen mit einem Pfeifkonzert quittierten. Nur weil die Vertrauensleuteleitungen von Hoesch, Mannesmann und Thyssen dazu aufforderten, sich vor den Sitzungssaal zu begeben, räumten die Stahlkocher widerstrebend das Feld. Als nach der Sitzung Bezirksleiter Herb das Ergebnis der Beratung verkündete — der Schlichtungsvorschlag ist von der Struktur her mit 86 von 118 Stimmen angenommen worden — breitete sich große Empörung aus. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Kollegen und den Bonzen Herb und Loderer.

1. Vor Beginn der Sitzung. Die demonstrierenden Stahlwerker kommen in den Sitzungssaal.
2. Die Kollegen haben den Sitzungssaal besetzt.
3. Die Kollegen stellen klar: 35-Stunden-Woche — daran halten wir fest!
4. Die Herren vom IGM-Vorstand. Im Hintergrund: demonstrierende Stahlwerker.
5. Die Kollegen warten im Treppenhaus. Lieder werden gesungen und Parolen gerufen.
6. Bezirksleiter Herb verkündet das Ergebnis der Sitzung der Tarifkommission: Ja zum faulen Kompromiß.

Bis zuletzt: große Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter

Klöckner-Hütte in Bremen

Die Kollegen waren voller Kampfentschlossenheit, als der Streik auch auf die Klöckner-Hütte ausgeweitet wurde. An den Toren blockierten die Streikposten gegen den Willen der örtlichen Streikleitung Materiallieferungen für Reparaturarbeiten, die unter dem Vorwand des Notdienstes angeordnet worden waren. Am Freitag kamen Jugendvertreter der Bremer Vulkan-Werft und übergaben eine gemeinsame Solidaritätserklärung der Jugendvertretungen von folgenden sieben Werften: HDW-Kiel, HDW-Hamburg, Bremer Vulkan, Blohm & Voß, Seebeck Werft, Flender Werft, Schlichting Werft. Außerdem unterzeichnete auch die Gewerkschaftsjugendgruppe von Blohm & Voß. Die Jugendvertretung von Bremer Vulkan sammelte außerdem zusammen mit der Gewerkschaftsjugend von Vulkan 150 Mark für die Klöckner-Kollegen. Bei Klöckner selbst sammelten Verwaltungsangestellte, die durch die örtliche Streikleitung vom Streik ausgeschlossen wurden, auf Anhieb 300 Mark für die streikenden Kollegen.

***

Edelstahlwerke Thyssen in Krefeld

Auch hier ausgezeichnete Kampfstimmung, als der Streik auf die Edelstahlwerke ausgeweitet wird. Als wenige Tage später der Abschluß bekannt wird, ist die Empörung groß. Die Kollegen sagen: Man hat uns verschaukelt.

***

Krupp in Bochum

Die Stimmung bei Krupp in Bochum war mit dem Beginn des Streiks am Mittwoch ebenfalls sehr kämpferisch geworden. Die RGO organisierte in fünf Schichten rund um die Uhr einen Versorgungsdienst, der den Streikposten Tee mit Rum und heiße Suppe brachte. Die Lehrlingsinitiative für die Übernahme aller Lehrlinge bei Opel-Bochum überbrachte eine Spende von 50 Mark und eine Solidaritätserklärung.

***

Thyssen-Hamborn

Als bereits am Sonntag früh die RGO ein Flugblatt über den in der Nacht zuvor ausgehandelten Tarifabschluß verteilte, nahmen die Streikposten dies mit größter Anerkennung auf. „Ihr kommt und informiert uns, und was macht die Gewerkschaft?!" sagten Kollegen zu den Verteilern. „Jetzt müßte man erst recht weiterstreiken!"

***

Thyssen-Edelstahlwerke in Witten

Aus Solidarität mit den im Streik stehenden Kollegen von TEW Krefeld legten am Freitag 3.000 Arbeiter spontan die Arbeit für mehrere Stunden nieder und bildeten einen Demonstrationszug durch das Werk. Die Kollegen bei TEW-Witten sind empört darüber, daß sie von der IGM-Führung nicht in den Streik einbezogen wurden.



Streikposten bei Thyssen Edelstahl in Krefeld

Hetze gegen den Stahlstreik



Tarifnachrichten

Metall. Die am 15. 12. 1978 in Hessen begonnenen Tarifverhandlungen für die rund 330.000 Arbeiter in der metallverarbeitenden Industrie sind schon am gleichen Wochenende vorerst gescheitert. Der Vorsitzende des hessischen Metallunternehmerverbandes, Knapp, stellte die erpresserische Bedingung, daß über eine Verkürzung der Jahresarbeitszeit durch Urlaubsverlängerung erst dann Gespräche aufgenommen würden, wenn die IG Metall ein Bekenntnis zur 40-Stunden-Woche abgegeben habe. Knapp kündigte an, daß eine „langfristige Festschreibung der jetzigen wöchentlichen Arbeitszeit" von den Unternehmern in allen Tarifgebieten der Metallindustrie verlangt würde. Die Verhandlungen wurden auf den 12. Januar 1979 vertagt. Auch für Rheinpfalz und Niedersachsen sind die am letzten Freitag aufgenommenen Verhandlungen ergebnislos vertagt worden.

Die IG Metall fordert in allen Tarifbezirken der metallverarbeitenden Industrie die Verlängerung des Jahresurlaubs auf sechs Wochen bis spätestens 1981 und die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 bis 6,5 Prozent. Am 18. Dezember hatten auch die Tarifverhandlungen für die etwa 281.000 Beschäftigten des sogenannten Nordverbunds in der metallverarbeitenden Industrie (Hamburg, Schleswig-Holstein, nordwestliches Niedersachsen und Unterweser) begonnen. Für die rund 109.000 Beschäftigten der sechs inländischen Werke der Volkswagen AG läuft der Tarifvertrag Ende Januar aus.

***

Banken. Für die rund 300.000 Angestellten in allen Bereichen des Bankgewerbes (Privatbanken, Genossenschaftsbanken, öffentliche Banken und Teilzahlungsbanken) hat die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) die Gehaltstarifverträge zum Ende Februar 1979 gekündigt. Die Tarifverhandlungen werden am 23. Februar in Düsseldorf beginnen. Über die endgültige Forderung will die DAG-Tarifkommission noch beschließen.

Jetzt auch VW — Amerika bedroht

bbs./iw. Düsseldorf, 6. Januar
Auch bei VW Amerika droht wie bei den deutschen Autofirmen Kurzarbeit, wenn der Stahlstreik nicht bald beendet wird. Die Zulieferteile aus der Bundesrepublik reichen nur noch bis Ende Januar

Die Hetze der BILD-Zeitung

In der letzten Woche hat sich das propagandistische Trommelfeuer gegen die nun schon in der siebten Woche im Streik stehenden Stahlarbeiter enorm verstärkt. In die Hetze fiel gleich ein ganzer Chor verschiedener Stimmen ein: Stahlkapitalisten und Arbeitgeberchefs, Minister, Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen.

Die Hetzer malten das Bild einer düsteren wirtschaftlichen Zukunft, die die Folge des Stahlstreiks sein soll. Die Schuld wurde auf diejenigen abzuwälzen versucht, die ohnehin die Leidtragenden der Krise sind und die im Kampf für die Verbesserung der Lage aller Arbeiter, für die Sicherung der Arbeitsplätze stehen.

Die Verschärfung des Arbeitskampfes, so wurde getrommelt, gefährde weitere Arbeitsplätze sowohl in der Stahl- als auch in der weiterverarbeitenden Industrie. „Bild" stellte sogar eine Rechnung auf: „Bald 3,6 Millionen ohne Job!" — Es handle sich um einen „Vernichtungsstreik" (Arbeitgeberpräsident Esser), der das Preisgefüge gefährde, die Aktienbörsen verstimme usw. „Die Hoffnung auf ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent in diesem Jahr ist dahin", konstatierte „Bild".

Zunehmend wurden in den Massenmedien auch sogenannte Arbeiterstimmen zitiert, die nach einem Ende des Streiks rufen. Bereits zu Beginn der letzten Woche geisterte das Foto eines Mannes durch die Zeitungen, der ein Schild mit der Aufschrift „Ich nehme den Kompromiß an!" trug. Die Situation wurde so dargestellt, als stünde eine schweigende Mehrheit Arbeitswilliger unter dem Terror der Streiker. Meist anonym klagten sie den Zeitungen ihr Leid. „Zwei Drittel meiner Kollegen denken so, aber alle haben Angst, das Maul aufzumachen", ließ „Bild" einen von ihnen sagen.

Der Schandabschluß

So sieht der faule Kompromiß aus, mit dem die IGM-Bonzen den Stahlarbeitern in den Rücken gefallen sind:

4 Prozent mehr Lohn und Gehalt ab dem 1.11.78, Laufzeit: 15 Monate (= 3,2 Prozent für 1 Jahr)

ab 1.1.79: 4 Freischichten für Nachtschichtler
2 Freischichten für alle über 50 Jahre
2 Tage mehr Urlaub für alle
ab 1.1.80: 1 Tag mehr Urlaub für alle zusätzlich
ab 1.1.81: 2 Freischichten für Nachtschichtler zusätzlich
1 Freischicht für alle über 50 Jahre zusätzlich
ab 1.1.82: 6 Wochen Urlaub für alle Kollegen

Das „Handelsblatt" rechnete mit unverhohlener Genugtuung vor, was dieser Ergebnis, umgerechnet in Lohnprozente, wert ist:

Lohnerhöhung: 3,2 Prozent; Urlaub: 1,0 Prozent; vier Freischichten für Schichtarbeiter: 1,0 Prozent; zwei Freischichten für über 50jährige: 0,25 Prozent; alles zusammengenommüssen die Stahlkapitalisten für dieses Jahr 5,45 Prozent mehr berappen — vorausgesetzt, sie wälzen die Freischichten und Urlaubstage nicht in Form von verschärfter Arbeitshetze auf die Belegschaften ab.

Haben dafür die Stahlarbeiter seit sechs Wochen einen der härtesten Arbeitskämpfe der Bundesrepublik geführt und dabei empfindliche finanzielle Opfer in Kauf genommen?

Besonders niederträchtig ist dieser Verrat der IGM-Führer dadurch, daß der Abschluß just in dem Moment gemacht wurde, als der Streik ausgeweitet worden war und auch wegen seiner Dauer zu greifen begann. Die Kapitalisten hätten es sich nicht mehr lange erlauben können, sich gegen einen echten Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu sperren.

Jetzt aber steht im neuen Tarifvertag der Satz: „Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit darf 40 Stunden nicht überschreiten." Und dieser Vertrag hat eine Laufzeit von fünf Jahren! Der Vorsitzende des Stahlunternehmerverbandes, Weisweiler, zu dem Abschluß: „... bin ich der Meinung, daß sich der Arbeitskampf schon gelohnt hat."

Stahlindustrie Niedersachsen: Tarifverhandlungen gescheitert

Im Werk Salzgitter der Stahlwerke Peine/Salzgitter traten am Donnerstag letzter Woche 1.800 Kollegen in einen Warnstreik, der bis zu zwei Stunden dauerte. Sie protestierten damit gegen das provokatorische Verhalten der Stahlkapitalisten (faktisch der Bundesregierung, denn der Salzgitterkonzern befindet sich zu hundert Prozent im Bundesbesitz). Zugleich demonstrierten die Kollegen damit gegenüber den IGM-Führern ihren Willen, ebenfalls in die Streikfront der Stahlarbeiter einbezogen zu werden. Im Tarifbezirk Niedersachsen hat die IGM-Führung sich bislang geweigert, eine Urabstimmung einzuleiten. Allerdings erklärte die Große Tarifkommission für Niedersachsen jetzt die Verhandlungen für gescheitert. Die niedersächsischen Stahlwerker fordern ebenfalls die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und 5 Prozent mehr Lohn.

* * *

Seeschiffahrt. Am vergangenen Freitag wurden in Hamburg die Schlichtungsverhandlungen in der Tarifrunde der Seeschiffahrt auf Dienstag dieser Woche vertagt. Die ÖTV fordert für die Seeleute eine Erhöhung der Heuern um 250 Mark.

* * *

Chemie. Kürzlich tagte die Große Manteltarifkommission der IG Chemie, um über die Forderungen zu den Tarifverhandlungen zu beraten, die am 31. Januar beginnen. Ergebnis der Beratung: Vorrangig soll eine Arbeitszeitverkürzung und mehr Urlaub gefordert werden. Dabei soll im Mittelpunkt die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von bisher 42 auf 40 Stunden für Konti-Schichtarbeiter stehen. Von den Tarifverhandlungen sind insgesamt 600.000 Beschäftigte betroffen. Die soweit von den IG-Chemie-Führern festgelegten Forderungen sind eine Frechheit gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern.

Während die Stahlwerker für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle kämpfen, fordern Hauenschildt und Co. die 40-Stunden-Woche. Gleichzeitig deutet sich an, daß die IG-Chemie-Führung eine besonders niedrige Lohnforderung anpeilt.

Scheel zum „Jahr des Kindes"

Hetze gegen die Gleichberechtigung der Frau

Ein „Jahr der Frau" hat es schon gegeben. Jetzt wurde das „Jahr des Kindes" eingeläutet. Für die bürgerlichen Politiker in aller Welt wieder einmal ein Anlaß zu feierlichen Reden, dieses Mal in der Maske von Kinderfreunden. In der Deutschen Bundesrepublik nahm Präsident Scheel seine alljährliche Weihnachtsansprache zum Anlaß, um einige reaktionäre Tiraden abzusondern, die in ihrer dreisten Unverschämtheit ihresgleichen suchen.

Zur Lage der Kinder in der Bundesrepublik ist natürlich eine Menge zu sagen. Angefangen mit den traurigen Rekorden, die unser Land in der internationalen Statistik der Kindersterblichkeit und der tödlichen Verkehrsunfälle von Kindern hält. Man könnte über die überfüllten Schulklassen, die fehlenden Kindergartenplätze und anderes mehr reden. Aber über all das ging Herr Scheel in seiner Rede hinweg. Kein Wunder — zeigen doch schon die wenigen hier angeführten Beispiele, wer für die sich immer mehr verschlechternde Situation der Kinder verantwortlich ist.



die Schuld an all diesen Erscheinungen den Werktätigen selbst, in erster Linie den arbeitenden Frauen, in die Schuhe zu schieben.

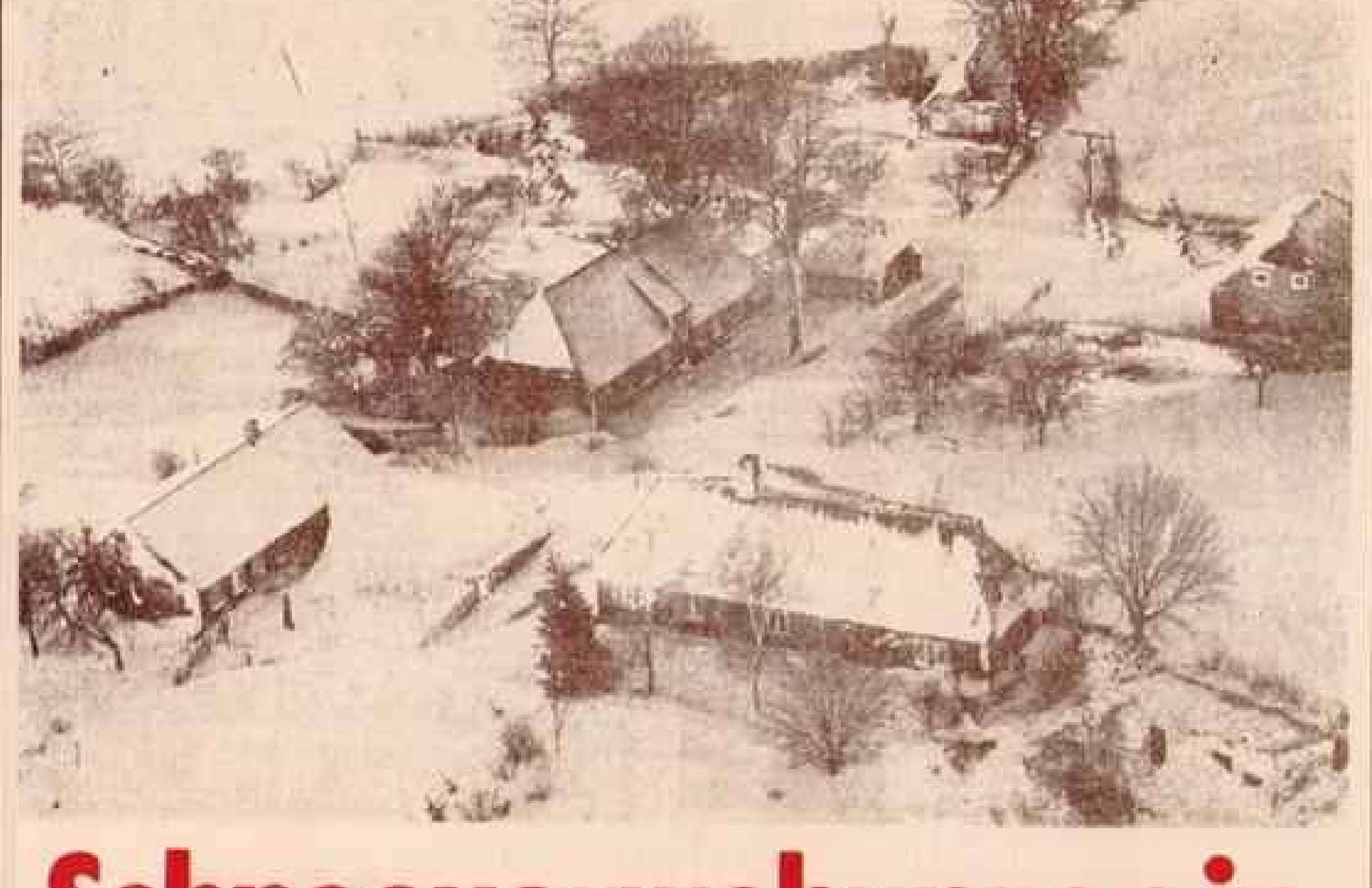
Vor allem wetterte Scheel gegen die werktätigen Frauen und ihr Streben nach Gleichberechtigung. Hier einige Zitate:

„Die Gleichberechtigung der Frau ist ein Gebot der Gerechtigkeit und ein Gebot unserer Verfassung. Aber sie spielt sich, das müssen wir auch sehen, zum großen Teil auf dem Rücken unserer Kinder ab."

„Die Frauen dringen in die Männerwelt ein, und der Platz, den sie früher in der Familie einnahmen, bleibt leer. Die Erwachsenen insgesamt, Männer und Frauen zusammen, haben immer weniger Zeit für die Kinder übrig."

„Nicht zuletzt um diese Bedürfnisse [nämlich absurde, wie Scheel vorher ausgeführt hat, nur von der Reklame erzeugte Bedürfnisse] zu befriedigen, glauben sich viele Frauen verpflichtet, Geld im Beruf zu verdienen. Es sind diese Bedürfnisse, die uns die Zeit für unsere Familien, für unsere Kinder stehlen."

Zwischen diese Hetztiraden schaltete Scheel mit liberalem Augenaufschlag zwar abmildernde Passagen ein, doch konnten diese über den reaktionären Gehalt der Rede nicht hinwegtäuschen. Man muß schon die Unverfrorenheit eines



Schneeverwehungen in Norddeutschland

Mindestens 20 Menschen im Schnee erfroren! Katastrophal schlechte Vorkehrungen der Behörden!

Schwer traf die Bevölkerung von Schleswig-Holstein der Kälteeinbruch um die Jahreswende, der mit Schneestürmen und einer Sturmflut einherging. Während innerhalb kürzester Zeit die Temperatur auf minus 10 bis 20 Grad sank, während sich vier bis sechs Meter hohe Schneeverwehungen bildeten und sämtlichen Verkehr auf Straßen und Schienen lahmlegten, peitschte ein orkanartiger Sturm die Ostsee, die an der Ostseeküste oft metertiefe Lö-

zwanzig Menschen ums Leben gekommen, davon die Mehrheit direkt durch Erfrieren. Daß diese Zahlen stark „frisiert" sind, davon sind schleswig-holsteinische Ärzte überzeugt. Ihrer Schätzung nach gibt es an die hundert, direkte und indirekte, Opfer des Schneesturms. In Wirklichkeit gehen diese Toten auf das Konto nicht des Schneesturms, sondern der verheerend schlechten Vorkehrungen der Landesbehörden gegen derartige Wettereinbrüche.

ten. Aber durch die Gemeindegebietsreform sind die Gemeinden entmündigt worden. Man hat die gesamte Verwaltung zentralisiert.

Alle Entscheidungen gehen jetzt von Kiel aus. Der Park an Schneeräumgeräten ist auf wenige Maschinen zusammengeschmolzen. In ganz Schleswig-Holstein gab es nicht eine Schneefräse! Beschädigte Geräte der Gemeinden wurden nicht erneuert. Zu teuer! So konnte es passieren, daß in kürzester Zeit 20.000 Menschen in 80 Dörfern von jeder Verkehrsverbindung und Elektrizitätsversorgung abgeschnitten waren. Gerade durch die Unpassierbarkeit der Straßen konnten die defekten Stromleitungen nicht repariert

sichts des oft entbehrungsreichen Einsatzes der Landbevölkerung, mit den Schneemassen fertigzuwerden, angesichts des völligen Versagens der Landesregierung, entblödet sich doch die „Neue Ruhr Zeitung" nicht, in ihrer Ausgabe vom 3. 1. 79 zu schreiben: „Friesische Bedächtigkeit und eine gewisse Dickfälligkeit, die vielen Bewohnern Schleswig-Holsteins nun mal zu eigen sind, führten dazu, daß viele Kreis-‚Fürsten' zunächst einmal versuchten, der Krise mit eigenen, natürlich zu schwachen Mitteln Herr zu werden"!

Völlig unterbrochen waren die Bahnverbindungen zwischen Flensburg und Kiel. Aber auch wer im Ruhrgebiet in den Zug stieg, kam erst neuneinhalb Stunden später in Kiel an. Bei der Bundesbahn herrscht völliges Chaos. Züge werden unterwegs angehalten, zurückgeschickt. Die Räumungsarbeiten kommen nur schleppend voran. Wer sein Ziel erreichen will, muß sehen, daß er irgendwo einen Zug findet, der in die richtige Richtung fährt.

Nur bei den Reichen...

In den Städten des übrigen Bundesgebietes sieht es ähnlich aus. In Westberlin protestieren die Taxifahrer: Während in den Vierteln der Reichen jede Nebenstraße und jeder Weg vom Schnee geräumt werden, passiert in den Vierteln der Arbeiter und Ausländer so gut wie nichts. Nur die Hauptverkehrsstraßen werden notdürftig geräumt. Auch in Köln gibt es Proteste. Die Stadt verfügt nur über vier Schneepflüge. Es wird vermutet, daß sie nicht einsatzbereit sind, weil sie möglicherweise schon für den Karneval umgerüstet sind.

Dortmund: An Sylvester



Es ist der kapitalistische Staat, es sind seine brutalen Rationalisierungs- und Sparprogramme, nach denen Kindergärten geschlossen, Krankenhauspersonal eingespart, Planstellen für Lehrer gestrichen werden usw. Für diesen Staat sind die Kinder nur ein Kostenfaktor, und die Kosten sollen so gering wie möglich gehalten werden.

Natürlich konnte auch Scheel in seiner Ansprache angesichts der drückenden Tatsachen nicht einfach behaupten, dieses Land sei ein Paradies für die Kinder. Er redete zum Beispiel über die Kriminalität und Drogensucht bei Kindern und Jugendlichen, über die alarmierend ansteigende Selbstmordrate und ähnliches. Aber all das war für ihn nur ein Anlaß, um schaltete Scheel mit liberalem Augenaufschlag zwar abmildernde Passagen ein, doch konnten diese über den reaktionären Gehalt der Rede nicht hinwegtäuschen. Man muß schon die Unverfrorenheit eines Scheel besitzen, um die Leidtragenden des Elends der Jugendlichen, das die Profiteure und Politiker dieses kapitalistischen Systems zu verantworten haben, zu seinen Urhebern umzudeuten!

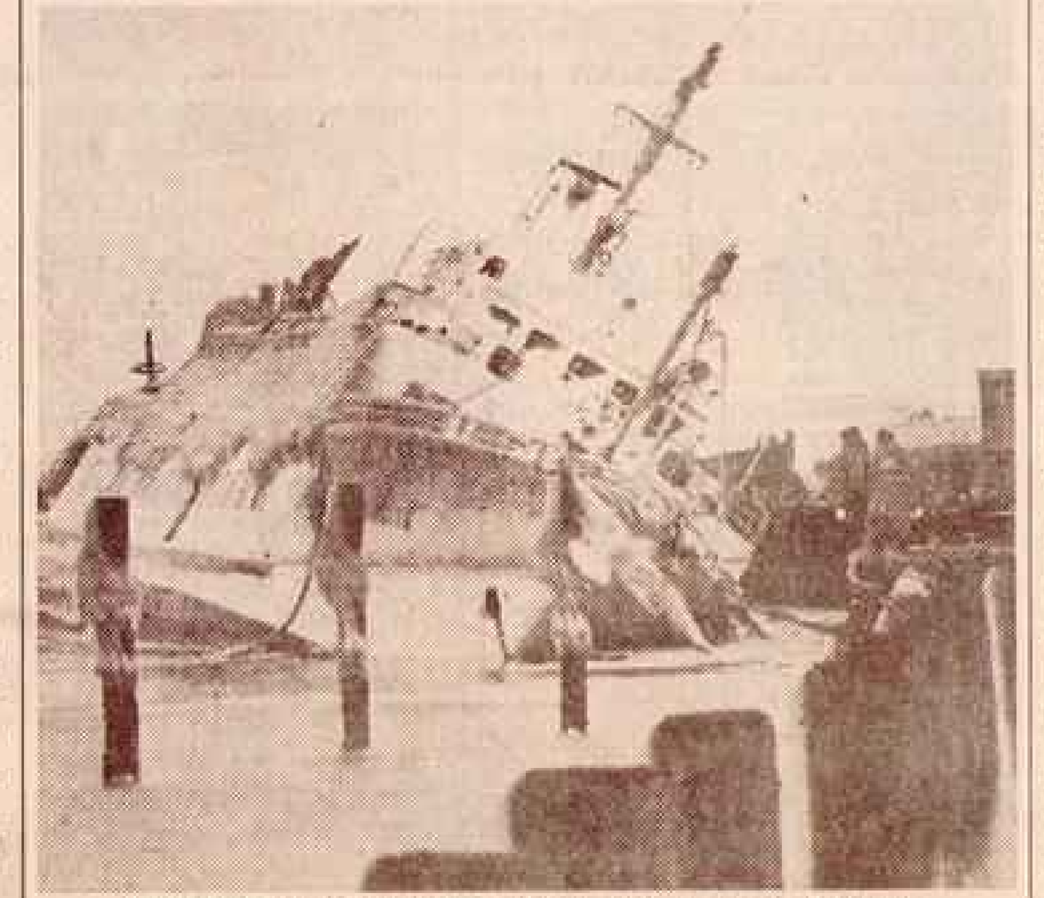
„Vor 40 Jahren war das noch einfacher", sagte Scheel in seiner Ansprache; „der Mann arbeitete, er brachte das Geld nach Hause, und die Mutter sorgte für die Kinder und den Haushalt. Die Rollen zwischen Mann und Frau waren klar verteilt, und Jungen und Mädchen wurden entsprechend erzogen."

Dies also ist die Erinnerung, die die Gedanken dieser bundesrepublikanischen Repräsentationsgestalt zu Weihnachten idyllisch bewegt. Vor 40 Jahren — das war die Jahreswende 1938/39.

Schneeschieber—eingeschneit

Korrespondenz. Bei den Penetrolkolonnen der Gaswerke in Hamburg-Winterhude stehen drei Unimogs mit Schneeschiebern, die nicht zum Einsatz kommen. Warum? Die Stadt Hamburg hat ein Abkommen mit Privatfirmen, wonach Schneeräumarbeiten bis zu einem bestimmten Prozentsatz von diesen Privatfirmen gemacht werden. Die Kollegen der Petrokolonnen (35 Mann) konnten mit ihrem Gerät nicht den Hof verlassen, weil er eingeschneit war. Sie durften nicht die bereitstehenden Unimogs verwenden, um den Hof zu räumen, sondern mußten von 8 Uhr bis 11.30 Uhr auf die Privatfirma warten! Damit nicht genug! Inzwischen haben die Gaswerke von den elf Mann starken Kolonnen jeweils acht Mann stempeln geschickt, weil sie wegen dem Schnee nicht arbeiten können. Das Räumgerät steht weiter nutzlos herum!

In ganz Hamburg ist es so, daß die Wohnungsbaugesellschaften wie zum Beispiel die Neue Heimat Verträge mit irgendwelchen Privatfirmen regelmäßig jedes Jahr abschließen. Diese Firmen sind in Wirklichkeit Schwindelunternehmen, die jedes Jahr das Geld kassieren und darauf eingestellt sind, daß es doch nicht schneien wird. Wenn dann das Unglück passiert wie jetzt, dann können sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. So ist zum Beispiel der Wohnblock Jarrestadt eine Woche lang eingeschneit gewesen, und kein Räumfahrzeug der verpflichteten Privatfirma hat sich in dieser Zeit blicken lassen. Das sind die Segnungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung!



Gekenterter und eingefrorener Dampfer an der Ostseeküste

cher in die Deiche riß. Ein das Unwetter einleitender Eisregen hatte die Drähte der Elektrizitätsversorgung mit schwerem Eisbehang versehen, was in vielen Fällen zum Reißen der Drähte führte. Unzählige Dörfer waren ohne elektrischen Strom. Die Heizungen, auf Strom angewiesen, fielen aus. Menschen suchten in den Stallungen Zuflucht, um sich durch die Wärmeausstrahlung der Tiere zu wärmen. Innerhalb kurzer Zeit waren Wohnungen und Ställe einer Kälte von bis zu minus 25 Grad ausgesetzt.

Ein Fall von vielen

Im Kreis Plön (Holsteinische Schweiz) sucht ein Vater mit seinen zwei Söhnen Zuflucht in einer Schneehöhle. Als die Wetterbedingungen immer verheerender werden, bricht er mit einem seiner Söhne auf, um Hilfe zu holen, während er den zweiten Sohn in der schützenden Höhle zurückläßt. Als er mit Helfern zurückkommt, ist der Sohn tot!

Ein Fall von vielen! Nach offiziellen Angaben sind an die

Das Märchen von der „Jahrhundertkatastrophe"

Die bürgerliche Presse wird nicht müde zu betonen, wie einmalig diese Schneekatastrophe ist. „Bisher nicht dagewesen...", „...die tiefsten Temperaturen seit 1928..." usw. So und ähnlich lauten die Schlagzeilen, mit denen der Natur, und nicht den wahren Schuldigen, die Schuld in die Schuhe geschoben werden soll. Ein Bewohner der Wesermarsch: „Solche Unwetter haben wir nach 1945 sechs bis sieben Mal gehabt. Nur wurden wir früher besser damit fertig!" In der Tat! „Früher" — das war vor der Gemeindegebietsreform! Damals wurden die Landgemeinden selbst tätig, sobald sich die Schneestürme oder andere Unwetter ankündigten. Mit gemeindeeigenen Schneepflügen und Geräten von Lohnunternehmern machten sich die Einwohner der Dörfer sofort auf, um die Straßen freizuhal-

20.000 Menschen in 80 Dörfern von jeder Verkehrsverbindung und Elektrizitätsversorgung abgeschnitten waren. Gerade durch die Unpassierbarkeit der Straßen konnten die defekten Stromleitungen nicht repariert werden. Die Folgen waren katastrophal. Die Wohnungen und Ställe kühlten aus. Heizungskörper froren ein und brachen. In vielen Wohnzimmern wurde der Fußboden zu einer spiegelglatten Eisbahn. In manchen Dörfern versammelten sich die Menschen in den Gasthäusern, wo man noch heizen konnte. Bald blieb der Proviant aus. Durch Hubschrauber angekündigte Brotsendungen ließen oft lange auf sich warten. In den Ställen starb das Vieh weg. Aber vor allem die ärztliche Versorgung für die Menschen war katastrophal. Jetzt wirkte sich die Streichung vieler Krankenhäuser, gerade auf dem Land, aus. Die gewaltigen Entfernungen bis zum nächsten Krankenhaus wurden für manchen zum Grab.

Die Katastrophe wäre noch größer gewesen, wenn nicht trotz alledem die Einwohner der Gemeinden zur Selbsthilfe gegriffen hätten, statt auf die Hilfe aus Kiel zu warten. Ange-

über vier Schneepflüge. Es wird vermutet, daß sie nicht einsatzbereit sind, weil sie möglicherweise schon für den Karneval umgerüstet sind.

Dortmund: An Sylvester und am Neujahrsmorgen fährt keine Straßenbahn, obwohl es in der Nacht nicht mehr geschneit hat. Vorher waren zwei Straßenbahnen entgleist, weil die Weichen nicht enteist wurden. Einige Straßenbahnführer weigerten sich daraufhin zu fahren. Statt die Weichen zu enteisen, legte man lieber alles still. Man hatte es offenbar nicht nötig, denn zur Arbeit brauchte ja keiner am Neujahrstag. Wer jetzt vielleicht glaubt, die Dortmunder Straßenbahnfahrer hätten während der Stillegung Sylvester feiern dürfen, hat sich getäuscht. Sie mußten morgens zur „Arbeit" antreten und in den Depots untätig herumsitzen. Ein Kollege aus dem Stadtteil Brackel mußte sich zwei Stunden zu Fuß durch den Schnee kämpfen, um sich zu seinem Depot durchzuschlagen. Öffentliche Verkehrsmittel fuhren ja nicht und die Stadtwerke hielten es nicht für nötig, ihre Beschäftigten mit Werksbussen abzuholen.



Steckengebliebener Milchfahrer im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Russell-Tribunal wird fortgesetzt

Für Bonn ein unbequemer Pfahl im Fleisch

In der Stadthalle von Köln-Mülheim begann am 3. Januar die zweite Sitzungsperiode des III. Internationalen Russel-Tribunals. Zur Untersuchung standen diesmal die Themen an: 1. Das System der Zensur in der Bundesrepublik, 2. Die Einschränkung der Rechte von Personen, die in ein Strafverfahren verwickelt sind und 3. Die Praktiken des Verfassungsschutzes.

Wie auch bei der ersten Sitzungsperiode im März dieses Jahres sah sich das Tribunal den Anfeindungen durch den Bonner Staat ausgesetzt. Damals erwägte Bonn sogar ein Verbot des Tribunals. Auch die DGB- und DKP-Führer traten massiv gegen das Tribunal auf und untersagten den Mitgliedern ihrer Organisationen die Teilnahme daran. Dieses Mal gaben sich die Herren in Bonn liberal. Die Wirklichkeit jedoch sieht anders aus.

Der Vorsitzende der Jury, der jugoslawische Professor Dedijer, entlarvte, daß Bonn das Zustandekommen dieser Sitzungsperiode zu verhindern versucht hatte. Nicht direkt, sondern indirekt über ausländische Regierungen, die wiederum Druck auf Jurymitglieder aus ihren Ländern ausübten. So hatte zum Beispiel Otelo Saraivo Carvalho keine Ausreisegenehmigung der portugiesischen Behörden erhalten. Aber auch auf deutsche Teilnehmer ist Druck ausgeübt worden. So teilten z. B. mehrere Rundfunkjournalisten mit, daß ihnen die Teilnahme und Aussage verwehrt sei, wenn sie nicht Konsequenzen für ihre Arbeitsverträge in Kauf nehmen wollten.

Wenn das Tribunal unter diesen schweren Bedingungen seine Arbeit aufnimmt, so ist klar, daß der Druck auf die Mitglieder nicht ohne Wirkung bleibt. Trotzdem förderte die bisherige Beratung Tatsachen zutage, die ein beredtes Zeugnis für die voranschreitende Faschisierung sind. Zu Beginn der Arbeitstagung faßte ein niederländischer Teilnehmer die Arbeiten über die Berufsverbote zusammen. Auch wenn er sich dabei an den Vorschlägen von Klose und Koschnick orientierte und diese auch noch sehr wohlwollend auslegte, kam er doch nicht umhin zu kritisieren, daß auch künftig die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei bei der Bewerbung für den öffentlichen Dienst berücksichtigt werden kann. Um die Ehrlichkeit ihrer Absichten unter Beweis zu stellen, forderte er die Politiker auf, jetzt alle von Berufsverbot Betroffenen aufzurufen, sich erneut zu bewerben.

Bis zum Wochenende liefen die Beratungen zum Thema Zensur. Da berichtete zum Beispiel Professor Erb aus Gießen, daß er allein wegen der Pressekampagne gegen die Linke aus Anlaß des „Mescalero-Artikels" sich zu einem Nachdruck dieses Artikels in der „Göttinger Studentenzeitung" entschlossen hatte. Obwohl er sich von seinem Inhalt distanziert hatte, war gegen ihn ein Straf- und Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Ebenso belegte Professor Brückner seine skandalöse Suspendierung und das Hausverbot an der Hannoveraner Hochschule wegen der Herausgabe des „Mescalero-Artikels" und wegen eines Interviews im niederländischen Fernsehen.

Aber auch andere Formen der Zensur wurden behandelt. So wurde zum Beispiel aufgedeckt, daß der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht allein 22 Lehrbücher für den Schulgebrauch zurückgewiesen hat — „wegen unerwünschter Themen".

Viele Beispiele wurden auch gebracht über die zunehmende Nichtbehandlung bestimmter Themen oder Probleme in der Berichterstattung der Massenmedien; zum Beispiel die Zustände in den Betrieben. Besonders die CDU und die Unternehmerverbände tun sich dabei hervor, durch direkten Druck die Absetzung von Filmen oder Sendungen in Fernsehen und Rundfunk durchzusetzen. So erreichte zum Beispiel Ministerpräsident Stoltenberg die Absetzung eines Filmbeitrags des NDR über den Kampf in Brokdorf.

Bezeichnend für den Bonner Staat ist auch das von den Teilnehmern aufgedeckte „Sprach- und Symbolverbot". So ist das Wort „Berufsverbote", ein Markenzeichen des Bonner Staates, im offiziellen Sprachgebrauch verboten! Aufsehen erregte auch das Verbot für Hamburger Lehrer, Anti-KKW-Plaketten in der Schule zu tragen. Man kann erwarten, daß die Beratungen des Russell-Tribunals auch weiterhin dem Trommelfeuer der Bonner Störversuche ausgesetzt sein werden. Aber auch damit können die Herren in Bonn die Wahrheit über die Faschisierung nicht einfach aus der Welt schaffen.

46 Jahre danach . . .

Am 30. Januar jährt sich zum 46. Mal der Tag, an dem der Hitler-Faschismus in Deutschland zur Macht kam und im Auftrage des deutschen Finanzkapitals eine zwölfjährige Terrorherrschaft über die deutschen Werktätigen und später über die Völker Europas errichtete. Während nach 1945 der Schwur durch unser Land ging „Nie wieder Faschismus", erkennen immer mehr Werktätige, daß der Bonner Staat sich anschickt, in jeder Beziehung die Nachfolge des faschistischen Dritten Reiches anzutreten. Nicht zuletzt wird das deutlich an dem immer offeneren Auftreten faschistischer Banden.

Weg mit den faschistischen Banden!



Es geschah am hellichten Tag, im Mai 1978 in Hamburg. Mit Eselsköpfen verkleidet trugen einige schwarzuniformierte Faschisten Pappschilder durch die Straßen, auf denen zu lesen war: „Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden ‚vergast' wurden." Den Menschen stockte der Atem. Unglaublich, daß in unserem Land, das zwölf Jahre unter der Nazi-Terrorherrschaft zu leiden hatte, je-

tionen durch den Staat ist so alt, wie der Bonner Staat selbst. Schon Adenauer weigerte sich, die HIAG, eine Organisation für ehemalige Angehörige der Waffen-SS, zu verbieten. „Sie waren Soldaten wie andere auch", das war sein Kommentar dazu. Aber was sich der Bonner Staat heute an Duldung faschistischer Gruppen und Verfolgungen von Antifaschisten leistet, setzt allem die Krone auf.

versucht hatte. Nicht direkt, | Mitglieder nicht ohne Wirkung | spiel Professor Erb aus Gießen, | scharfen.

Keine Freilassung von Rudolf Heß!

Eine leichte Erkrankung (Gefäßverengung) des letzten in Spandau inhaftierten Nazi-Verbrechers Rudolf Heß nahmen die Faschisten, der frühere amerikanische Spandau-Kommandant Bird sowie der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU zum Anlaß, erneut seine Freilassung zu fordern. Wie vor ihnen schon Walter Scheel und andere Bonner Repräsentanten. Während die Faschisten offen Rudolf Heß als „Märtyrer des Friedens" feiern, drücken andere auf die Tränendrüsen wegen des „harmlosen alten Mannes, der jetzt schon so lange büßen muß". Um mitzuhelfen, der faschistischen Kampagne um die Freilassung von Heß das Wasser abzugraben, möchten wir daran erinnern, welche Verbrechen dieser Mann zu verantworten hat:

Rudolf Heß hatte von Anfang an eine führende Stellung in der NSDAP. Er nahm am berüchtigten Münchner Putsch teil und schrieb zusammen mit Hitler am Buch „Mein Kampf", in dem die Grundlagen der barbarischen Rassenvernichtungs- und Kriegspolitik gelegt wurden. Nach der „Machtergreifung" wurde er der „Stellvertreter des Führers" und setzte als solcher die barbarische Politik Hitlers um. Er riß mehrere hohe Staatsämter an sich und wurde 1939 nach Göring zum Nachfolger Hitlers ernannt. Für die Auswahl und Verteilung der faschistischen Führungskader war Heß zuständig.

Unermüdlich arbeitete dieser „Märtyrer des Friedens" an der Vorbereitung des Krieges. 1936 war er es, der die Parole ausgab: Kanonen statt Butter! Die berüchtigten Verordnungen über die Angliederung der eroberten Gebiete an Deutschland tragen seine Unterschrift, neben der Hitlers und Görings. Er unterschrieb die menschenfeindlichen „Nürnberger Gesetze" (Rassengesetze), die in einem besonderen Paragraphen Frick und ihn, Heß, beauftragten, **die Ausführungsbestimmungen dieser Gesetze auszuarbeiten!** Er unterschrieb auch weitere menschenfeindliche Gesetze.

Eine besondere Rolle spielte Heß bei der Organisierung des faschistischen Spionagenetzes, der 5. Kolonne im Ausland und bei der Aufstellung des SD (Sicherheitsdienst) und der SS-Truppen! Man muß sich nur eines der Millionen Opfer der Politik, für die Heß verantwortlich ist, vor Augen führen, und jedes Mitleid mit diesem Verbrecher erstirbt.

Und eins sollte man nicht vergessen: Im Bewußtsein seiner Verantwortung hat sich Heß bis auf den heutigen Tag geweigert, die Verurteilung der faschistischen Kriegsverbrecher anzuerkennen. Was dieser Mensch in seinem Größenwahn will, ist nicht Gnade, sondern die Rehabilitierung der faschistischen Verbrecher! Das verschweigen ganz bewußt so manche Fürsprecher der Freilassungskampagne. Gehen wir nicht in ihre Falle! Das Urteil an Rudolf Heß muß vollstreckt werden!

Polizist als Bankräuber

Nun ist es — zehn Nummern des „Roten Morgens" zurückgerechnet — schon das dritte Mal, daß wir auf eine Erscheinung zurückkommen müssen, die typisch für das staatliche und speziell polizeiliche System der Bundesrepublik zu sein scheint: die Kriminalität der Ordnungshüter. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, daß es sich bei den drei herausgegriffenen Fällen nur um eine kleine Auswahl aus dem bereits unübersehbaren Ganzen handelt.

Im „Roten Morgen" Nummer 44 porträtierten wir auf Seite 12 einen Bremer Kriminalbeamten, Angehörigen eines Mobilen Einsatzkommandos, der sich sein Zubrot als Zuhälter verdiente.

Im „Roten Morgen" Nummer 47, Seite 2, befaßten wir uns mit einem vorbestraften Mörder, der mit seiner Person ein Sondereinsatzkommando der Kölner Polizei verstärkte und der — Pech! — über einen kleinen Überall auf einen Supermarkt stolperte, der ihm nur 270 Mark einbrachte.

Der Fall, den wir diesmal kurz vorstellen wollen, spielte im süddeutschen Raum. Ein Heidelberger Kriminalbeamter gestand vor dem Untersuchungsrichter, sechs bewaffnete Raubüberfälle auf Banken in Heidelberg und Freiburg begangen und dabei 200.000 Mark erbeutet zu haben. Ergriffen worden war er bei einem Überfall auf die Volksbank in Heidelberg-Kirchheim, wo er versucht hatte, sich mit einer Beute von 60.000 Mark den Weg freizuschießen.

Was uns bei diesem Fall beeindruckte, war nicht allein der Umfang des Verbrechens, die Zahl der Überfälle, die Kapazität der geraubten Geldmenge, die Unbedenklichkeit des Schußwaffeneinsatzes gegen die eigenen Kollegen. Der Fall des Heidelberger Kripo-Kriminellen hatte auch eine offen politische Seite: In den sechziger Jahren hatte der Bankräuber für die neofaschistische NPD für den Heidelberger Stadtrat kandidiert. Ein Grund für die Behörden, ihn nicht in den Polizeidienst zu übernehmen, war dies natürlich nicht.

herrschaft zu leiden hatte, jemand das provokatorische Märchen von den „KZ-Lügen" öffentlich zu propagieren wagte. Die das taten, waren Mitglieder der sogenannten „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS), einer legalen Tarnorganisation der verbotenen NSDAP (Auslandsorganisation), die mit unglaublichen antisemitischen und antikommunistischen Hetzparolen um sich wirft. Sie ist eine von vielen faschistischen Banden, die überall im Bundesgebiet wie Pilze aus dem Boden sprießen.

So manch einer fragt sich, wie so etwas bei uns wieder möglich ist. 46 Jahre nach dem Machtantritt der Faschisten erfreuen sich diese Banden der wohlwollenden Duldung durch die staatlichen Behörden. Die Bedeutung dieser Banden wird regelmäßig von den zuständigen Politikern heruntergespielt. Selten nur schreitet die Polizei gegen die braunen Provokateure ein. Wo trotzdem einer vor's Gericht gebracht wird, wird er milde bestraft. Stattdessen werden diejenigen, die dem Treiben der braunen Horden entgegentreten, vor Gericht gestellt. So zum Beispiel die neun Hamburger Antifaschisten, die gegen ein Treffen europäischer Faschisten vorgingen, von der Polizei niedergeknüppelt wurden und sich in einem Mammutverfahren für ihre antifaschistische Gesinnung zu „rechtfertigen" hatten.

Die stillschweigende Förderung faschistischer Organisationen ist, setzt allem die Krone auf.

Jetzt sollen sogar die zahlreichen untergetauchten Nazi- und Kriegsverbrecher ihrer Verjährung entgegensehen. Wie Bundeskanzler Schmidt am 40. Jahrestag der Kristallnacht erklärte, soll bei der vorgesehenen Abstimmung darüber im Bundestag „das Gewissen jedes einzelnen Abgeordneten sprechen", ohne Empfehlungen der Fraktionen. So scharen schon heute die offenen Befürworter der Verjährung Abgeordnete aus allen Parteien um sich, um einen genügend großen Stimmblock für die Verjährung von Nazi-Verbrechen zusammenzuzimmern. Sollten sie erfolgreich sein, könnten aus allen Löchern die Nazi-Mörder hervorkriechen und sogar noch mit ihren Greueltaten prahlen. Schon heute ist es erlaubt, daß sich die Angeklagten in NS-Prozessen gegenüber den Zeugen, die einst unter dem Terror der Faschisten zu leiden hatten, wie Herrenmenschen aufführen, sie verhöhnen und beschimpfen.

Gegen diese Tendenzen schließen sich überall Antifaschisten zusammen, die den festen Willen haben, ein neues '33 zu verhindern. Ein tausendjähriges Reich war genug, das ist eine Erfahrung, die das deutsche Volk gemacht hat. Der 46. Jahrestag der „Machtergreifung" ist für alle Antifaschisten ein Anlaß zu fordern:

Verbot aller faschistischen Organisationen!

Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

Für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML gingen in der vergangenen Woche folgende Spenden bei uns ein:

Spender	Betrag
Sammlung auf der Großveranstaltung in Essen	5.470,09
Genossen aus Memmingen	200,00
M. S., Memmingen	20,00
Veranstaltung 31. 12. Hamburg	1.031,00
H. O. K., Kiel	100,00
N. N., Würzburg	1.400,00
Zelle Nordenham	4.210,00
K., Tolk	400,00
A. Sch., Bremen	200,00
Stadtteilzelle Hadern, München	400,00
Genossen aus Aachen	800,00
Genossen aus Krefeld	756,55
Ehepaar aus Düsseldorf	1.000,00
Genossen aus Wilhelmshaven	500,00
RHD-Genosse aus Wilhelmshaven	565,04
K., Braunschweig	150,00
Zelle I, Karlsruhe	78,50
Zelle BFW, Frankfurt/M	800,00
RG Bayer und Freunde, Leverkusen	223,00
Verschiedene Spender über Verlag Roter Morgen	230,50
M. W., Freisen	30,40
RG Frankfurt/M	170,00
M. T., Duisburg	1.050,00
Stadtteilzelle HH-Wilhelmsburg	150,00
Zwei Genossen aus Hamburg	60,00
Hafenzelle, Hamburg	200,00
Sympathisanten aus Ostfriesland	200,00
Zelle KWU, Westberlin	600,00
RG-Erzieher, Westberlin	250,00
Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Westberlin	233,00
RG Westberlin	200,00
Sylvester-Tombola, Gießen	83,40
Zelle Vogel, Westberlin	580,00
Genossen aus Lüneburg	200,00
Stadtteilzelle Süd-Westufer, Flensburg	321,53
Zelle NSI, Hamburg	250,00
RG Uni-Bielefeld	50,00
Zelle Marburg-Land	700,00
Genossen aus Marburg	130,00
Genossen aus Heilbronn und Öhringen	30,00
Stadtteilzelle Bielefeld	560,00
L. K., Kassel	50,00
Spendensammlung auf dem IV. Ordentlichen Parteitag	1.012,50
Zelle Hoesch-Union, Dortmund	200,00
Sammlung auf der Großveranstaltung in Nürnberg	2.071,00
Sparschwein eines Ehepaares aus Kiel (siehe Bericht!)	10.000,00
P. K., München	5,00
insgesamt	37.921,11

Damit ist die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML — eine Woche vor ihrem Abschluß — auf die großartige Marke von

204.443,22 DM

angestiegen.
Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Der Volkskulturverein „Die Gedanken sind frei"

Volkskorrespondenz aus München

Am 13. 10., zwei Tage vor der bayrischen Landtagswahl, fand in München die letzte Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen die Diätenerhöhungen statt, unterstützt vom Volkskulturverein.

Der Vertreter des Vorstandes der Bürgerinitiative enthüllte anhand von vielen einleuchtenden Beispielen noch einmal das Schmarotzertum der Parlamentsabgeordneten aller Parteien (zum Beispiel in München: 200 Prozent Diätenerhöhung im Landtag; Bremen: „Altersruhegelder" für sämtliche Abgeordneten, rückwirkend bis 1946!!). Zum Schluß rief er dazu auf, die Wahl zu boykottieren. Von den ca. 80 Zuhörern (darunter ca. 40, die bis dahin noch nie eine Veranstaltung der Bürgerinitiative besucht hatten) bekam er starken Beifall.

Anschließend spielte die Laienspielgruppe „Die Wadlbeißer" das heiter-satirische Stück „Aus dem Tagebuch des Abgeordneten Xaver Ferkl".

Es erzählt, wie der brave CSU-Abgeordnete von seinem großen Vorsitzenden auserkoren wird, des Nachts in einer düsteren Waldhütte die zwei Millionen Mark „Wahlkampfspende" der Firma Siemens zu übernehmen; von seinen familiären Schwierigkeiten, seinem Auskommen mit dem SPD-Abgeordneten Holzauge, seinen Alpträumen, seiner Meinung zur Diätenerhöhung und am Ende von einem ganz schrecklichen Erlebnis beim Friseur.

Ist das nicht auch heute höchst aktuell?

Was will der Kulturverein?

Frau R.: Unsere Ziele will ich kurz so zusammenfassen: Einmal möchten wir unsere Freizeit sinnvoll gestalten. Wir haben Freude am Singen und Tanzen, machen gern Musik usw. Wir wollen also unsere Unterhaltung und unseren Spaß haben und auch Neues lernen bzw. gemeinsam schaffen.

Wir wünschen uns eine Kultur und Kunst, die wir verstehen können, die einen Bezug zu unserem Leben hat, ob sich's jetzt um Liebe, Arbeit oder den Kampf gegen das Unrecht dreht. Wir wollen keine Kultur und Kunst, die die Gehirne der Menschen vernebelt, sie belügt, betrügt und enttäuscht.

Könnten Sie uns das an einem Beispiel erklären?

Frau R.: Es gibt viele alte Lieder und Gedichte, die Not und Elend der arbeitenden Klassen widerspiegeln und die Mut machen, sich zu wehren. Es gibt Lieder und Gedichte, die sich über die Herrschenden und ihr geziertes, scheinheiliges und ausschweifendes Leben lustig machen, die damit erst so richtig deren Charakter enthüllen. Dieses fortschrittliche Kulturgut wollen wir lebendig erhalten und weitergeben.

Aber ihr wollt es auch weiterentwickeln...?

Frau R.: Genau! Nicht nur, weil es mit der Zeit auch langweilig wird, immer bloß alte Sachen zu wiederholen. Viele

Polizeiterror in Mannheim

Volkskorrespondenz aus Mannheim

Ahnungslos ging ich am Sonnabend morgens in die Mannheimer Innenstadt zum Einkaufen. Was ich in den darauffolgenden 60 Minuten sah und erlebte, ist so ungeheuerlich, daß ich unbedingt darüber berichten muß:

Diesen Sonnabend sollte eine Anti-Schah-Demonstration stattfinden. Doch die gesamte Einkaufsstraße war mit einem riesigen Polizeiaufgebot abgeriegelt, das aus vielen Städten zusammengezogen war. Mitten im größten Weihnachtsverkehr wurde eine Menschenjagd durchgeführt, wie ich sie noch nicht gesehen habe.

Alle verdächtig aussehenden Menschen wurden angehalten, ihre Taschen nach Flugblättern durchsucht, die Personalien kontrolliert.

Alle Flugblattverteiler wurden festgenommen, sobald sie von der Polizei entdeckt waren. So habe ich gesehen, wie einzelne aus der Menge herausgeholt wurden, nachdem sie von ca. 30 Bullen eingekreist waren. Auch aus einem Wohnhaus heraus wurde ein Verteiler geholt.

So habe ich in der kurzen Zeit mehr als zehn Verhaftungen selbst gesehen. Zum Teil wurden die Verhafteten brutal behandelt, geschlagen, an den Haaren gezogen usw. Was im Polizeiwagen oder auf der Wache noch mit ihnen passierte, kann ich nicht sagen.

Auch ich sollte festgenommen werden, weil ich ein Flugblatt in der Hand hatte. Das muß man sich einmal vorstellen: Festnahme wegen Lesens eines Flugblattes! So weit sind wir schon wieder! Aus welchem Grund ich nach einigen Minuten ungeschoren davon kam, frage ich mich noch jetzt.

Aber nicht nur Verteiler und Fotografen wurden festgenommen, sondern auch der Bevölkerung wurde direkt gedroht! Bei jeder Festnahme bildete sich natürlich eine Menschentraube. Die Menschen waren zum Teil sehr empört.

Sie alle waren Zeugen des Polizeiterrors. Darum wurden sie ständig aufgefordert weiterzugehen. Doch viele blieben trotzdem stehen. Daraufhin versuchte die Polizei, die Stehenden zu fotografieren und drohte ihnen mit einer Geldstrafe bis 1.000 Mark.

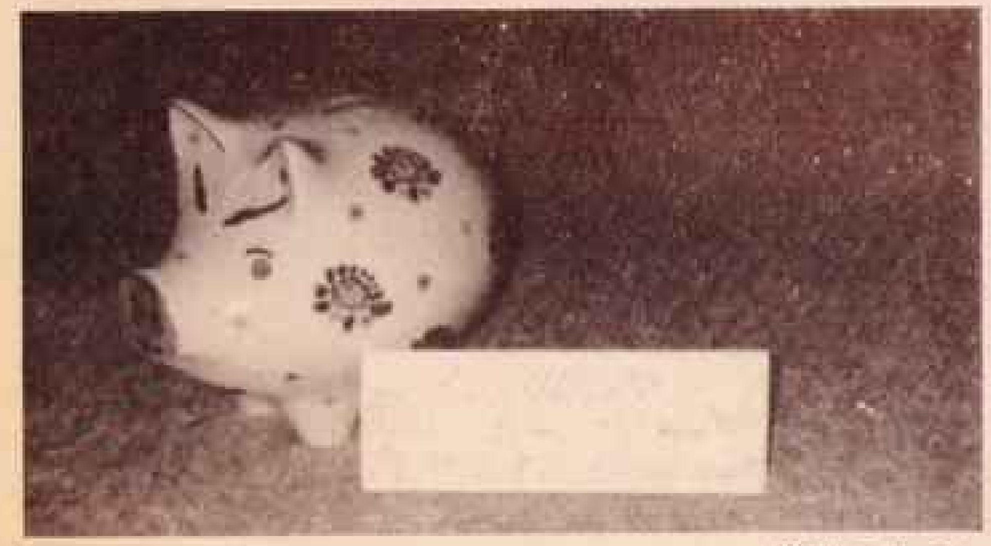
Als auch das nichts nützte, wurde mit sofortigem Eingreifen gedroht.

Festnahme beim Weihnachtseinkauf! Welche Angst muß die Polizei bloß haben!

Ich glaube, an diesem Sonnabend wird vielen klar geworden sein, in was für einem Staate wir leben. Das, was ich sah, konnte jeder sehen. Wieviel hundert festgenommen oder kontrolliert wurden, weiß ich nicht. Was man aber auch deutlich gesehen hat, war, daß die Empörung über das faschistische Vorgehen der Polizei sehr groß war, und daß sie machtlos gegen die Masse der Bevölkerung ist.

Wie es krebskranken

für Ihre Spenden.



Kiel, 3. 1. 79

Liebe RM-Redaktion!

In beigelegtem Schwein (Foto), genannt „Partisan", haben wir in knapp zwei Jahren 10.000 Mark zum 10. Geburtstag der KPD/ML gespart.

Da wir jetzt eingeschneit waren in einem kleinen Dorf, und da die Geburtstagsfeier für uns ohnehin ins Wasser bzw. in den Schnee gefallen ist, möchten wir euch auf diesem Wege informieren.

Die Sau kann von euch in der kommenden Spendenliste mit notiert werden (haargenau 10.000 DM sind drin).

Wir wissen nämlich nicht, wie schnell sie jetzt zu euch weitergereicht wird. Um Verwechslungen auszuschließen — falls noch mehr solche Sparschweine kommen — unsere Sau hat nachgezogenen Lidstrich.

Herzliche nachträgliche Geburtstagswünsche für's kämpferische nächste Jahrzehnt.

Eine Familie aus Kiel

Liebe Familie aus Kiel!

Wir bedanken uns im Namen der Partei recht herzlich für eure großartige Spende und wünschen euch ebenfalls ein kämpferisches neues Jahrzehnt.

Rot Front!

Redaktion des „Roten Morgen"

zur Diätenerhöhung und am Ende von einem ganz schrecklichen Erlebnis beim Friseur.

Da läßt er sich nämlich rasieren, und unter dem Messer rechnet er (nicht ganz freiwillig, versteht sich, sondern mit nachdrücklicher Unterstützung durch den Friseur und zweier werktätiger Kunden) vor, wieviel er so monatlich als Abgeordneter kassiert, so 17.000 Mark.

Bei manchen Szenen bog sich der Saal vor Lachen, und den stürmischen Beifall am Ende hatten die Laienkünstler redlich verdient.

Im folgenden ein Interview, das ich als Volkskorrespondent des „Roten Morgen" mit der Vorsitzenden des Münchner Volkskulturvereins, Frau R., gemacht habe.

Frau R., „Die Wadlbeißer" heißt die Theatergruppe des Volkskulturvereins. Was ist das für ein Verein?

Frau R.: Der Volkskulturverein (VKV) wurde im Juni dieses Jahres gegründet und ist heute ein eingetragener Verein. Einige von uns haben sich schon vorher für Volksmusik, Volkstanz oder Theaterspielen interessiert, aber allein zu Hause oder bei bisher bestehenden Gruppen, in denen oft nur noch Profis spielen — das hat uns keinen Spaß gemacht. Deswegen haben wir uns zum VKV „Die Gedanken sind frei" zusammengetan.

Wie kamt ihr auf diesen Namen?

Frau R.: So heißt ein Lied, das als fortschrittliches Volkslied sehr bekannt ist. Sein Titel schließt viele Bereiche der Kunst und Kultur mit ein. Auf Flugblättern ist dieses Lied zwischen 1780 und 1800 erschienen, während der Revolution von 1848 war es vermutlich von der Zensur verboten, aber es ist bis heute bekannt geblieben:

„Und sperrt man mich ein im finsteren Kerker, das alles sind rein vergebliche Werke, denn meine Gedanken zerreißen die Schranken und Mauern entzwei! Die Gedanken sind frei!"

weil es mit der Zeit auch langweilig wird, immer bloß alte Sachen zu wiederholen. Viele Volkslieder haben zum Beispiel immer wieder neue Texte bekommen, die dann ganz aktuell auf die Gegenwart eingegangen sind. Das haben auch wir uns vorgenommen. Anlässe und Möglichkeiten gibt's genug! Zu den Diätenerhöhungen im bayrischen Landtag haben wir zum Beispiel eine Moritat geschrieben und auf der Straße und bei Veranstaltungen gesungen und spontan viel Beifall bekommen.

Es gibt da den schönen Begriff „Vereinsleben". Wie sieht das bei euch aus?

Frau R.: Heute hat der VKV bereits mehrere Gruppen, die sich regelmäßig treffen, Lieder und Tänze lernen, Theaterstücke schreiben, proben usw.

Die Volkstanz- und die Volkslieder- und Volksmusikgruppen sind schon auf öffentlichen Vereinsabenden und bei Veranstaltungen anderer Organisationen aufgetreten. Die Gruppe Foto/Fotomontage/Film unterstützt die Werbeaktionen durch Plakate, dokumentiert unsere Arbeit und möchte in Zukunft eigene Bildreportagen erarbeiten. Seit wenigen Wochen existiert auch unsere Laienspielgruppe „Die Wadlbeißer", die mit einem eigenen Stück anläßlich der Landtagswahlen in mehreren bayrischen Städten auftrat. Unsere Kapelle spielt auf unseren Vereinsabenden zum Tanz auf und probt auch mit der Volkstanzgruppe.

Was muß man können, um im VKV aufgenommen zu werden oder anders — wer kann Mitglied werden?

Frau R.: Wir sind kein Verein von Profis oder solchen, die es werden wollen. Das heißt, bei uns macht niemand Karriere als Gesangsstar oder Gitarrenvirtuose. In unseren Verein kann jeder eintreten, der unser Programm und unsere Satzung anerkennt und seinen Mitgliedsbeitrag zahlt. Bei unseren offenen Abenden sind alle Freunde und Bekannten herzlich eingeladen, auch wenn sie nicht Vereinsmitglied werden möchten.

Wie es krebskranken Menschen ergeht!

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Ich möchte euch berichten, wie es mir ergangen ist. Ich bin 72 Jahre alt und seit vielen Jahren geschieden, erhalte keinen Unterhalt von meinem geschiedenen Mann und lebe deshalb von Sozialhilfe.

Vor zwei Monaten wurde bei mir Unterleibskrebs festgestellt und ich kam ins Krankenhaus, wurde operiert, erhielt Bestrahlungen im Keller (das bedeutet, daß du über 16 Stunden Strahlen erhälst. Diese Strahlen greifen auch gesunde Partien an. Sie sind aber zur Krebsbehandlung erforderlich).

Nach zwei Monaten ist die Behandlung fürs erste abgeschlossen, und ich werde nach Hause entlassen. Ich lebe ganz allein, denn die Kinder wohnen nicht in Dortmund. Der Arzt gab mir den Rat: Wenn Sie sich ganz ruhig halten und nicht mal ein Kissen aufschütteln, dann können Sie wieder gesund werden. Ich bin also pflegebedürftig.

Als erstes sage ich dem Amt telefonisch Bescheid. Es wird mir Hilfe zugesagt. Als nächstes suche ich mir eine Hilfe. Ein arbeitsloses junges Mädchen aus der Nachbarschaft ist dazu bereit. Der praktische Arzt, der mich betreut, schreibt mir ein Attest, daß ich täglich für dreieinhalb Stunden Hilfe benötige.

Weil ich überhaupt noch nichts tun darf, will ich ja auch nicht, daß meine Wohnung verkommt, deshalb ist diese Zeit unbedingt erforderlich.

Nach über drei Wochen reagieren die Sozialstellen erst. Es kommt die Sozialarbeiterin, und es kommt die Amtsärztin. Das erste, was diese Amtsärztin von sich gibt ist: „Sie können sich aber nicht alles von der Stadt bezahlen lassen. Ein bißchen müssen Sie schon selbst tun!"

Ich war wie vor den Kopf geschlagen! Eigentlich hätte ich noch im Krankenhaus bleiben können, aber wegen der hohen Pflegekosten lasse ich mich nach Hause entlassen. Und das Krankenhaus würde dem Sozialamt viel teurer kommen.

Ich könnte ja auch in ein Heim gehen. Auch das käme dem Amt viel teurer, nämlich so um die 2.000 Mark pro Platz. Und jetzt stellt die Ärztin sich so an wegen der paar Mark, die ich vorübergehend an Hilfe benötige.

Dieser Kommentar der Amtsärztin hat mich so wütend gemacht und mir wieder einmal gezeigt, wie es einem ergeht, wenn man arm ist. Und wie menschenverachtend diese Staatsbediensteten ihren Staat vertreten!

Ich bin aber nicht auf den Kopf gefallen, und ich weiß, wie ich mich wehren kann, um meine Interessen durchzusetzen. Sowie ich den Bescheid erhalte, lege ich Widerspruch ein, und dann geht das weiter.

Veranstaltungskalender

Veranstaltung des Arbeiter-Kunst und Kulturvereins Kiel am 12. 1. 79, 19 Uhr, „Waidmannsruh". Es spielen die „Fliegenden Blätter" Lieder von unten Eintrittspreis 3 DM.

Veranstaltungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens Hildesheim:
25. 1.:
Landwirtschaft in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien

Alle Veranstaltungen finden um 20 Uhr im „Haus der Jugend", Hildesheim, Steingrube, Raum 10, statt.

Grußadressen zum 10. Jahrestag der KPD/ML

Vertreter unserer ausländischen Bruderparteien sprachen auf den Veranstaltungen zum Abschluß des IV. Parteitags und zum zehnjährigen Bestehen der KPD/ML. Sie überbrachten unserer Partei und der deutschen Arbeiterklasse die kämpferischen Grüße ihrer Organisationen. In dieser Ausgabe des „Roten Morgens" beginnen wir mit dem Abdruck der Grußadressen unserer Bruderparteien.

Kommunistische Partei Portugals (Wiederaufgebaut)

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

Liebe Genossen!

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) begrüße ich von ganzem Herzen die erfolgreiche Durchführung des vierten Parteitags der KPD/ML, unserer Bruderpartei, im Kampf für Sozialismus und Kommunismus.

Ich grüße ebenso alle Teilnehmer an diesem internationalistischen Treffen und über Euch sende ich brüderliche Umarmungen der portugiesischen Kommunisten an die Arbeiterklasse, die Werktätigen, das ganze Volk und alle fortschrittlichen Kräfte Deutschlands.

Für uns sind alle politischen Taten der Bruderparteien Objekt großer Aufmerksamkeit und auch großen Stolzes. Die gemeinsame Erfahrung unserer marxistisch-leninistischen Bewegung zeigt und vermittelt sich sowohl bei gemeinsamen Aktivitäten unserer Parteien, als auch bei den Erfolgen jeder einzelnen Partei in ihrem Land. Deshalb sind wir stolz auf Euren Erfolg und erwarten mit größtem Interesse die Ergebnisse Eures IV. Parteitags.

Die marxistisch-leninistische Bewegung befindet sich vielleicht in einem der wichtigsten Abschnitte ihrer neueren Entwicklung. Seit einigen Jahren beginnen wir damit, uns von den Einschränkungen zu befreien, die der Verbindung unserer Parteien, den Anstrengungen zu einem Erfahrungsaustausch über den revolutionären Kampf auferlegt waren. Wir beginnen damit, uns zu befreien von den antimarxistischen, völlig falschen und unserer revolutionären Sache schädlichen Vorstellungen, die viel zu lange von den maoistischen Ideen genährt wurden.

Mit den Fortschritten der marxistisch-leninistischen Bewegung auf internationaler Ebene, der Trennung vom chinesischen Revisionismus, sind wir soweit, jene brüderlichen und offenen Praktiken und Formen wiederzufinden, die die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien zur Zeit der heldenhaften Komintern gekennzeichnet haben. Wir sind schließlich auch soweit, die leninistische Theorie und Praxis des proletarischen Internationalismus wiederaufzunehmen. Auch in diesem Sinn ist es für uns portugiesische Kommunisten eine große Freude, bei dieser internationalistischen Veranstaltung anwesend zu sein, die von unseren deutschen Brüdern verwirklicht wurde.

Wir befinden uns auch deshalb in einer wichtigen Phase des Lebens unserer marxistisch-leninistischen Bewegung, weil heute unseren Parteien neue politische Kampfaufgaben bevorstehen. Es wird immer dringender, daß unsere Parteien überall auf der Welt wahre Führerinnen des Proletariats und der werktätigen Massen werden. Immer entscheidender wird die Aufgabe, die Massen für die revolutionäre Politik zu gewinnen und sie dem schädlichen Einfluß des Sozialdemokratismus und Revisionismus wirklich zu entreißen.

Der Kampf gegen den Revisionismus, ob neu oder alt, als konterrevolutionärer Strömung in der Arbeiterbewegung, als Verneinung der marxistisch-leninistischen Theorie der Revolution ist für unsere Parteien eine Pflicht auf ideologischem, politischem und praktischem Gebiet. Dies ist ein entscheidender Kampf, der darum geht, ob die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen sich in eine revolutionäre Kraft verwandeln, die fähig ist, die bürgerlich-kapitalistische Macht zu zerstören, oder ob sie noch länger von den reformistischen und revisionistischen Vorstellungen gefesselt bleiben.

Wir sind völlig davon überzeugt, daß der revolutionäre Weg siegen wird. Die Fortschritte jeder Partei auf dem schwierigen Gebiet des Massenkampfes sind Fortschritte der ganzen marxistisch-leninistischen Bewegung.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich unterstreichen, daß die Fortschritte der deutschen Bruderpartei für die portugiesischen Kommunisten ein Grund tiefer und ehrlicher Freude sind. Es ist für uns besonders bewegend festzustellen, wie hart und entschlossen die marxistisch-leninistischen Kommunisten im Lande von Marx und Engels für die gemeinsame Sache der Revolution und des Sozialismus arbeiten.

Nehmt bitte die tiefen, freundschaftlichen Umarmungen der Kämpfer unserer Partei und aller revolutionärer Portugiesen entgegen.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut), im Dezember 1978.

konzentrieren, bedeutet das nicht, daß wir nicht gleichzeitig gegen die sozialimperialistischen Kräfte und andere Mächte, die in unser Land eindringen wollen, kämpfen. Wir betonen noch einmal: Wir dulden nicht, daß ein Imperialismus durch einen anderen ersetzt wird, wir kämpfen für die wirkliche Befreiung unseres Volkes, um einen wirklichen Sozialismus aufzubauen.

Von dieser Tribüne aus wollen wir auch die breite Zusammenarbeit der chinesischen Revisionisten mit Pinochet angreifen, die sich im vergangenen Jahr weiter verstärkt hat. Während sich die chinesischen Revisionisten gegen die Völker richten, die gegen Imperialismus und Reaktion kämpfen, während sie das heroische sozialistische Albanien kriminell boykottieren und angreifen, unterstützen sie die schlimmsten Tyrannen und Reaktionäre wie den Schah des Irans und Pinochet, und alte Revisionisten wie Tito.

Aber der chinesische Revisionismus konnte sein Ziel, nämlich die internationale kommunistische, marxistisch-leninistische Bewegung zu vernichten, indem er seine reaktionäre „Drei-Welten-Theorie" durchsetzen wollte, nicht erreichen. Die wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien der Welt haben diese neue Spielart des Opportunismus zurückgewiesen, die unsterblichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus verteidigt und ihre revolutionäre Einheit vertieft.

Ganz anders war natürlich die Haltung der Imperialisten und der Reaktionäre der Welt, die aus ganzem Herzen die chinesischen Revisionisten unterstützt haben. Sie beginnen damit, Kredite zu geben, um im gleichen Augenblick ökonomisch einzudringen, um von der Ausbeutung des chinesischen Volkes zu profitieren und den Wiederaufbau des Kapitalismus zu begünstigen. Trotz der Anstrengungen, die die chinesischen Revisionisten unternehmen, um zu einer Supermacht zu werden, sehen sie sich dem entschiedenen Kampf der Völker der Welt gegenüber, die ihre reaktionären Ziele durchschaut haben.

Im gegenwärtigen Kampf gegen den chinesischen Revisionismus haben die marxistisch-leninistischen Parteien ihre Verbindungen vertieft. Das sozialistische Albanien, das so mutig die Prinzipien verteidigt, zeigt der ganzen Welt, daß der Revisionismus und die Wiedererrichtung des Kapitalismus nicht unvermeidbar sind. Das heroische Albanien und die Partei der Arbeit zählen auf die revolutionäre Hilfe der wirklichen Kommunisten und der fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt. Die internationale kommunistische, marxistisch-leninistische Bewegung überwindet den Boykott und die Unterdrückungsmaßnahmen der chinesischen Revisionisten. Sie erstarkt im Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen alle Imperialisten und Reaktionäre der Welt, für den Sieg der Revolution, des Sozialismus und des Kommunismus im Weltmaßstab.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Ruhm dem Marxismus-Leninismus!

Das bewaffnete Volk wird niemals zertreten werden!

Kommunistische Partei Spaniens / Marxisten-Leninisten

Liebe Genossen!

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und aller ihrer Kämpfer möchten wir Euch die heißesten und aufrichtigsten Kampfesgrüße überbringen.

Von ganzem Herzen begrüßen wir den zehnten Geburtstag Eurer Partei, der KPD/ML, mit der uns ganz enge Bande der Freundschaft und gegenseitigen Unterstützung verbinden. Wir begrüßen auch Euren IV. Parteitag und drücken unsere Freude aus über die Untersuchungen und Entschließungen, die dort gefaßt wurden, die gegenwärtig von entscheidender Wichtigkeit sind.

Für eine kommunistische Partei ist es lebenswichtig, sich mit den Massen zu verbinden, besonders mit der Arbeiterklasse. Für sie ist es unumgänglich, das Sektierertum zu bekämpfen. Deshalb wird es Euer entschiedener Kampf gegen das Sektierertum ohne Zweifel [illegible] gibt. Die „Theorie der drei Welten", die auf den sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen aufbaut, ist wahres Gift, das die Perspektive der proletarischen Revolution für die Völker der Welt verbaut. Deshalb darf es in diesem Kampf weder Zögern noch Halbheiten geben. Wir müssen fortschreiten, wobei wir uns bewußt sind, daß die Parteien unterschiedliche Geschichte und unterschiedliche Bedingungen haben, aber die Vorsicht muß aktiv, klar und fest sein, bis es uns gelingt, den schädlichen Einfluß der sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen aus unseren Reihen zu säubern.

Wir denken, daß es in diesem Kampf eine große Rolle spielen kann, den hundertsten Geburtstag desjenigen zu feiern, der ein großer Führer des Weltproletariats und ein genialer Marxist-Leninist war: der Genosse Stalin! Es ist kein Zufall, daß alle Reaktionäre, Revisionisten und Opportunisten Stalin wild angegriffen haben und es weiterhin tun. Weil Stalin [...]

chie zeigt sich daran, daß wir einen König haben, der von dem Mörder Franco und dem amerikanischen Imperialismus eingesetzt wurde. Während sie von Demokratie reden, verfolgen sie diejenigen, die für eine föderative Volksrepublik kämpfen, sperren sie unsere Genossen und Kampfgefährten der FRAP ein und foltern sie tierisch, ermorden sie die Kampfgefährten der ETA. Sie reden von Demokratie, aber in der Führung von Polizei und Armee sind nach wie vor die Folterknechte und Militaristen, die unter dem blutrünstigen Franco Karriere machten. In dieser Situation, die durch die Wirtschaftskrise, die unser Volk brutal traf, verschärft wurde, haben sich die revisionistischen und sozialdemokratischen Cliquen in Diener der Oligarchie verwandelt und demaskieren sich schnell.

Zur selben Zeit verstärkt sich der Kampf für die Republik und die demokratischen Freiheiten und Rechte, für die Revolution, für den Sozialismus.

ginnen damit, uns zu befreien | in der Arbeiterbewegung, als | baut), im Dezember 1978.

Sektierertum ohne Zweifel Eurer Partei ermöglichen, ihre Verbindungen zu den Massen noch mehr zu stärken, ihren Einfluß in der Arbeiterklasse zu erhöhen, und ihre Reihen zu stärken, um das deutsche Volk zu führen in seinem gerechten Kampf für ein Deutschland, das vereinigt ist, unabhängig von beiden Supermächten und sozialistisch.

Genossen, Euer Parteitag hat sich mutig und weitsichtig einem schweren Problem gestellt, das die marxistisch-leninistische Bewegung vor sich sieht: wir meinen die sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen, die in den kommunistischen Reihen in der letzten Zeit soviel Unheil angerichtet haben. Wir sind mit den Beschlüssen Eures Parteitags vollkommen einverstanden, diese Ideen völlig zurückzuweisen, weil sie eklektizistisch und metaphysisch sind, und deshalb gegen die Prinzipien und Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin gerichtet sind. Auch bei dieser Frage sind unsere beiden Parteien einer Meinung und wir ziehen gemeinsam in den aktiven Kampf für die Verteidigung der Prinzipien, die uns auf dem Weg der Revolution führen.

Unsere Partei denkt, daß es im Kampf zur Verteidigung der Prinzipien keinen dritten Weg

und es weiterhin tun. Weil Stalin die unverbrüchliche Treue zum Marxismus-Leninismus bedeutet; weil er die Diktatur des Proletariats bedeutet; weil er bis zum Tod der Sache der Revolution ergeben war. Deshalb wird er von den einen wie wild angegriffen und von den anderen verdunkelt und heuchlerisch kritisiert, wie es die chinesischen Revisionisten und ihre Lakaien tun. Stalin und sein Werk zu verteidigen und zu nutzen, ist heute mehr denn je von entscheidender Bedeutung. Er ist das Symbol der stählernen Einheit der Kommunisten. Wie Eure Partei und andere Bruderparteien wird auch unsere Partei das Stalin-Jahr begehen indem wir massiv seine Werke und Lehren verbreiten, indem wir Versammlungen in Betrieben und Stadtteilen organisieren, Ausstellungen durchführen und vieles andere mehr.

Liebe Genossen, erlaubt mir einige Worte über Spanien. In der dort geschaffenen neuen Situation strengen wir uns an, die bestehenden legalen Möglichkeiten nach Kräften maximal auszunutzen, uns noch enger mit den Massen zu verbinden, vor allem mit der Arbeiterklasse, aber ohne die nötige illegale Arbeit zu vernachlässigen. Denn der Wert der Demokratisierungsdemagogie der Oligar-

volution, für den Sozialismus. Wir möchten gerne die Tribüne Eurer Partei benutzen, um innigst das sozialistische Albanien, die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk zu grüßen, die heldenhaft den Sozialismus aufbauen. Albanien ist heute ein lebendiges und leuchtendes Beispiel für die Völker, die unterdrückt und ausgebeutet für ihre Freiheit und den Sozialismus kämpfen.

Liebe Genossen, wir möchten unsere Grüße damit schließen, indem wir Euch ein weiteres Mal versichern, daß wir völlig solidarisch sind mit der KPD/ML, ihrem ZK und den Entschließungen Eures IV. Parteitags. Egal was passiert, unsere Parteien marschieren heute gemeinsam, Schulter an Schulter, auf dem Weg der Revolution. Zugleich werden wir heute wie früher uns anstrengen, um die Kampfeinheit der wahren Kommunisten zu stärken und vertiefen.

Es lebe die KPD/ML!
Es lebe der IV. Parteitag der KPD/ML!
Es lebe die revolutionäre Einheit zwischen KPD/ML und PCE (m-l)!
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Der Marxismus-Leninismus wird siegen!

Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles

Liebe Genossen!
Nehmt zuerst die heißen und brüderlichen Grüße der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles entgegen. Wir danken unserer Bruderpartei, der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten für die Einladung zu dieser Veranstaltung, und wir danken ihr ebenfalls für die Unterstützung unseres Volkes in seinem Kampf gegen die faschistische Militärdiktatur. Mit der KPD/ML vereinen uns schon seit Jahren die Bande der Verteidigung des Marxismus-Leninismus im Hinblick auf seine Anwendung, im Hinblick auf den proletarischen Internationalismus, im Kampf gegen den Revisionismus und den Opportunismus, gegen die Supermächte und die Reaktion, im gemeinsamen Kampf für den Sieg der großen Sache der Revolution, des Sozialismus und des Kommunismus.

Genossen,
in diesem Jahr hat sich die Situation in Chile entscheidend verändert. Einerseits haben sich die Widersprüche innerhalb der Diktatur zugespitzt, sie mußten sogar ein Juntamitglied rauswerfen. Die Beteiligung der chilenischen Geheimpolizei an der Ermordung Leteliers wurde aufgedeckt, und schließlich fand man zwei geheime Friedhöfe, in denen die Vertreter der Diktatur ermordete politische Gefangene vergraben haben. Auf diese Weise wurden die ersten der „verschwundenen" politischen Gefangenen wiederentdeckt.

Auf der anderen Seite haben die Widerstandskämpfe merklich zugenommen. Seit dem Staatsstreich wurde das erste Mal eine Demonstration zum 1. Mai mit 3.000 Menschen durchgeführt. Auch die Studenten haben eine Reihe von Aktionen auf den Straßen gegen die Diktatur durchgeführt. Trotzdem war es die Arbeiterklasse, deren Kämpfe sich am kraftvollsten entwickelt haben, besonders unter den Arbeitern der Kupfer- und Eisenbergwerke. Das chilenische Volk hat sich kraftvoll erhoben, es kämpft mutig gegen die Unterdrückung, und es gibt keine Kraft, die das Volk von seinem Kampf für die Zerschlagung der Diktatur abhalten kann.

In diesen antifaschistischen Kämpfen haben unsere Partei und die Front des Volkes eine bedeutende Rolle gespielt, sie haben dem Widerstand des Volkes die korrekte Richtung gegeben und ihn vorangetrieben. Wir können weiter feststellen, daß sich im vergangenen Jahr die Bemühungen zur Vereinheitlichung der verschiedenen gegen die Diktatur gerichteten Kräfte mit großer Kraft entwickelt haben. Unsere Partei hat sich in diese Kampffront eingereiht und eine Reihe von Erklärungen mit verschiedenen konsequent antifaschistischen Parteien unterschrieben und die Bemühungen zu einer Vereinheitlichung von der Basis her verstärkt.

Die gegenwärtige Situation kommt der Entwicklung der Massenkämpfe sehr zugute, und unsere Partei unternimmt alle Anstrengungen, um an der Spitze dieser Kämpfe zu stehen und sie zur vollständigen Vernichtung der Diktatur, bis zur Zerschlagung des Faschismus zu führen und die wirkliche Befreiung zu erreichen.

Wenn wir uns heute in Chile auf den Kampf gegen den USA-Imperialismus und auf den Kampf gegen die Diktatur

In den Kerkern des spanischen Regimes

Revolutionäre werden systematisch gefoltert

Mit blutigem Terror geht das spanische Regime gegen die Revolutionäre vor. Es ist wie in den finstersten Zeiten der Franco-Diktatur: Vor einigen Wochen wurden elf Genossen, denen vorgeworfen wird, der KP Spaniens/ML und der FRAP anzugehören, unter willkürlichen Beschuldigungen verhaftet. Sie wurden in den Schreckenskammern der berüchtigten Geheimpolizei DGS und in den Kerkern von Carabanchel und anderen Gefängnissen einer systematischen brutalen Folter unterworfen.

Die ersten Nachrichten über die Verhaftungen erschienen, gespickt mit den Lügen der Polizei, gerade zu dem Zeitpunkt in der spanischen Presse, als das Volk vom Regime aufgerufen wurde, seine Stimme bei einem Referendum für die neue „demokratische" Verfassung abzugeben. Die KP Spaniens/ML und andere republikanische Organisationen hatten eine breite Propaganda für die Ablehnung dieser Verfassung entfaltet, die das monarchistische Regime bestätigen und ihm einen „demokratischen" Glanz verleihen soll.

Die Verhaftungen, die Anschuldigungen, die ohne den Schimmer eines Beweises gegen die Eingekerkerten, gegen die Partei und die FRAP erhoben wurden, waren eine hinterhältige Provokation des Regimes, um die Kampagne gegen die Verfassung zu stören. Und diese Provokation hat noch ein anderes Ziel: sie soll die Legalisierung der KPSp/ML verhindern, für die unsere Bruderpartei einen harten Kampf führt. Noch immer ist im heutigen Spanien die wahre kommunistische Partei verboten. Der Kampf, den sie für ihre Legalisierung führt, findet die breiteste Unterstützung der Werktätigen Spaniens. Selbst örtliche Organisationen der reformistischen und revisionistischen Parteien und Gewerkschaften haben die Resolutionen, in denen die Aufhebung des Verbots der Partei gefordert werden, unterzeichnet.

Die Provokation des Regimes, seine brutalen Gewaltakte können den Kampf für die Legalisierung der KPSp/ML nicht eindämmen. Im Gegenteil, sie sind nur dazu angetan, den Haß gegen dieses Regime weiter zu schüren, seine terrori-

ten 14 Tage des Novembers von Personen, die angeklagt sind, der Partei und der FRAP anzugehören, haben die Polizeikräfte der DGS in Madrid, Barcelona, Zaragoza und Sevilla eine Reihe von provokatorischen Anklagen konstruiert mit dem politischen Ziel, die Legalisierung der KPSp/ML und anderer antifaschistischer und republikanischer Organisationen zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, greifen sie zum Mittel der brutalen Folter, genauso wie in den schwärzesten Zeiten des Francismus, um aus den Gefangenen „Geständnisse" herauszuholen.

Das Informations- und Pressebüro (O.I.P.) der KPSp/ML erklärt:

1.) Entgegen den Erklärungen der Polizei sind die Verhaftungen nicht vor drei oder vier Tagen, sondern vor mehr als einer Woche vorgenommen worden.

2.) Während der ganzen Zeit sind die Verhafteten in den vier erwähnten Städten in Polizeigewahrsam gehalten worden, und zwar vollständig isoliert, ohne ärztliche und juristische Hilfe. Ihnen fehlen die elementarsten Dinge zum Leben, und die Polizei lehnt es ab, Informationen über die Lage der Verhafteten an ihre Familien oder Anwälte zu geben.

3.) Die Verhafteten sind brutal gefoltert worden und werden körperlich und moralisch unter Druck gesetzt.

Das alles geschah, während gleichzeitig der Vertreter der Regierung Suarez vor der UNO den Diktator Pinochet verurteilt und der Jahrestag der Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention gefeiert wird. Das geschieht zu einer Zeit, wo in die monarchistische Verfassung demagogisch das Recht für

sechs aufeinanderfolgenden Tagen durfte er sich nicht in seiner Zelle ausruhen. Er wurde Tag und Nacht ununterbrochen in den Büros der Polizei verhört. Aufgrund der Foltern wurde er in folgendem körperlichen Zustand ins Gefängnis Carabanchel eingeliefert:

— schwerer Bluterguß am rechten Zeh, Verletzungen durch Schläge an den anderen Zehen.

— Atembeschwerden aufgrund der Schläge auf Rücken und Brust, Beschwerden bei der Bewegung der einen Hand.

— schwere Kopfverletzungen, hervorgerufen durch einen metallenen Gegenstand.

Nach seinen eigenen Angaben wurde er den Foltern „del quirófano" und „la barra" unterworfen, die schon unter dem Francismus gebräuchlich waren. Er wurde am ganzen Körper, an Kopf, Rücken und Füßen mit verschiedenen Gegenständen so hart geschlagen, daß einer auf seinem Kopf zerbrach. Damit sie ihre Verhöre fortsetzen konnten, mußten ihm die Polizisten regelmäßig Wasser geben, so geschwächt war er schon. Mit systematischen Schlägen wurde er stundenlang auf einem Stuhl festgehalten. Im Verlauf des Verhörs wurde er wegen seiner Entzündungen am ganzen Körper dazu gezwungen, Zäpfchen der Marke „Dolo-Tanderil" von Geigy zu nehmen.

Gegenwärtig befindet sich Carlos zusammen mit Tomas Pellicer in einer Zelle von Carabanchel, ohne Wasser, ohne Licht, ohne Toilette, unter unmenschlichen Bedingungen. Ihm und Tomas Pellicer wurde in der DGS nicht erlaubt, einen Arzt zu empfangen. Sie durften auch dem diensthabenden Richter kein medizinisches Gutachten vorlegen. Und schließlich hat der Arzt, der sie in Carabanchel untersuchte, es abgelehnt, ein Attest über seinen körperlichen Zustand auszustellen.

Das Informations- und Pressebüro der KPSp/ML appelliert an die öffentliche Mei-

Kämpfe der französischen Stahlarbeiter

Die Kämpfe der französischen Stahlarbeiter gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen haben in den letzten Wochen einen neuen Aufschwung genommen. Eines der Zentren des Kampfes ist die lothringische Stadt Longwy. Hier sollen 3.500 Arbeitsplätze den Rationalisierungsfeldzügen der Stahlbarone zum Opfer fallen. Im Dezember führten die Werktätigen der ganzen Stadt einen Generalstreik gegen diese Pläne durch. 30.000 nahmen an einer Kundgebung teil (unser Bild). Mehrere Male haben Stahlarbeiter aus Protest die Zugangsstraßen nach Longwy blokkiert und andere Kampfaktionen durchgeführt. Eine ihrer Parolen war „Aktionseinheit mit unseren Kameraden an der Ruhr!"

In der nordfranzösischen Stadt Anzin sind Stahlarbeiter aus Protest gegen Massenentlassungen in den Streik getreten. In der nahegelegenen Stadt Trith Saint-Léger besetzten Kollegen eine Woche lang die Hauptverwaltung des Stahlkonzerns USINOR.



Guadeloupe — französische Kolonie in der Karibik

Wieder einmal haben sich die Regierungschefs der größten imperialistischen Staaten des Westens zu einem Gipfelgespräch getroffen. Dieses Mal ist Giscard der Gastgeber. Und er hat Carter, Schmidt und Callaghan auf eine ferne Insel in der Karibik gebeten, die seit Jahrhunderten eine Kolonie der Herren Frankreichs ist — Guadeloupe. Im folgenden bringen wir — leicht gekürzt — einen Artikel aus der letzten Ausgabe von „La Forge", der Zeitung der Organisation für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Frankreichs, über die Lage in Guadeloupe.



Demonstration gegen die französische Kolonialherrschaft

halb bereitet er sich darauf vor, die revolutionäre Volksbewegung in Guadeloupe zu liquidieren, denn das Volk von Guadeloupe organisiert sich in seinem Kampf um nationale Unabhängigkeit und widersetzt sich entschlossen den kolonialistischen Plänen. Die Verwirklichung der kolonialistischen Pläne würde für das Volk von Guadeloupe folgendes bedeuten:

— Den Ruin von Tausenden von Pflanzern, Kleinindustriellen, Händlern, Transport- und Hafenarbeitern und die Arbeitslosigkeit für Tausende von Landarbeitern, die im Bereich des Zuckerrohranbaus arbeiten.

— Den Verlust jeglicher Möglichkeit von Umstellungen, denn die Banane, die das Zuckerrohr ersetzen soll, braucht nur wenig Handarbeit und bietet wenig Verarbeitungsmöglichkeiten (außer der Verpackung).

— Die einzige „Lösung", die verbleibt, wäre die Emigration nach Frankreich. Heute leben bereits 120.000 Menschen aus Guadeloupe in Frankreich, während die Bevölkerung von Guadeloupe 320.000 nicht über-

weiter zu schüren, seine terroristische Fratze unter der demokratischen Maske noch deutlicher zu enthüllen. Die Folter, dieses barbarische Instrument zur Unterdrückung und Vernichtung der Menschen, wird von den heutigen Machthabern in Madrid genauso angewandt wie von ihrem Vorgänger Franco. Die Folterknechte und ihre Kommandanten sind zum allergrößten Teil die gleichen geblieben. Sie haben schon unter der Franco-Diktatur ihr blutiges Handwerk verrichtet und setzen es jetzt fort.

Schuldig an den Folterverbrechen aber sind nicht nur die Angehörigen des Unterdrükkungsapparats. Schuldig sind auch die Kollaborateure des Regimes im Parlament und in den bürgerlichen Parteien — einschließlich der Revisionisten des Herrn Carrillo —, die durch ihr Schweigen die Folter billigen.

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einer Presseerklärung des Informations- und Pressebüros der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten.

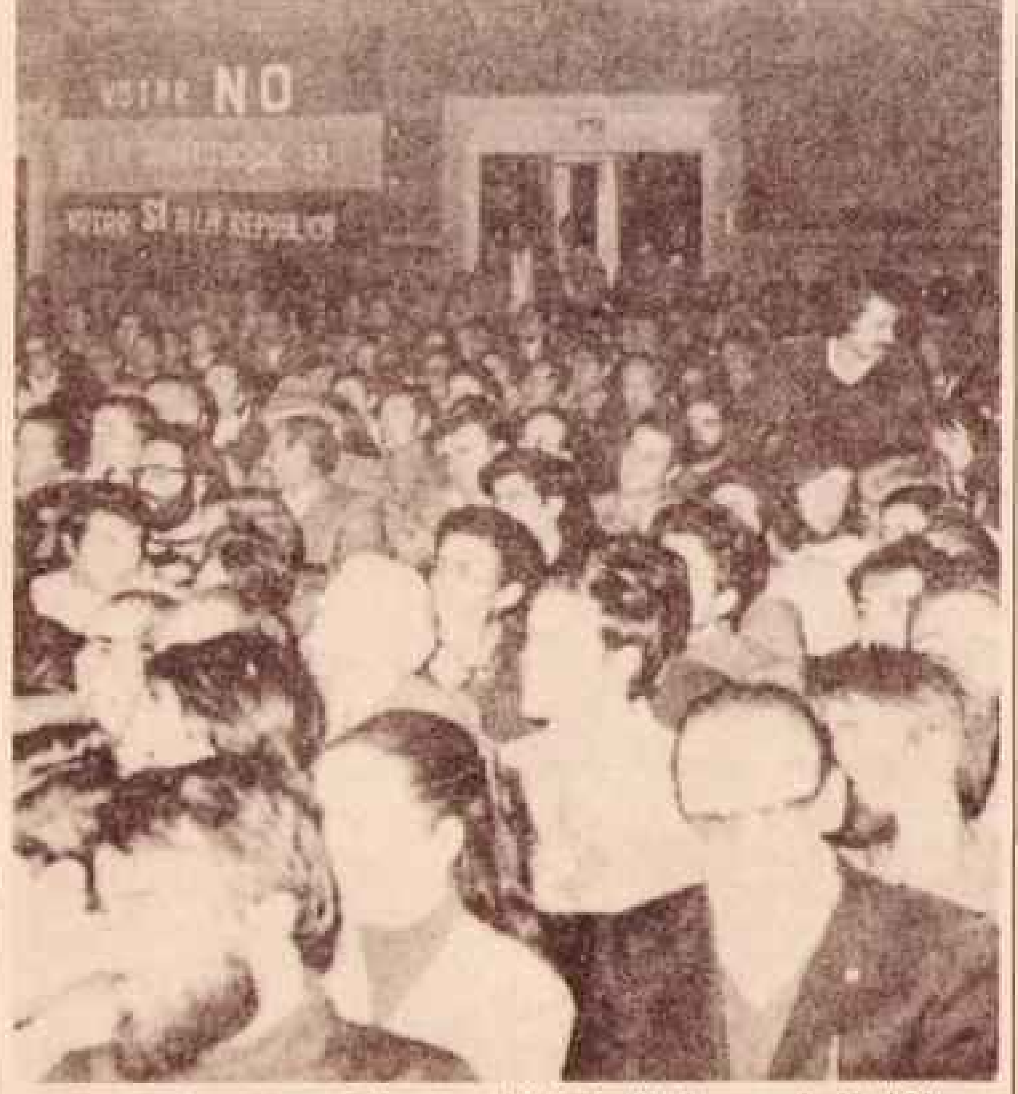
Brutale Polizeifoltern in Madrid, Barcelona, Zaragoza und Sevilla

Aufgrund einer Anzahl von Verhaftungen während der letzsung demagogisch das Recht für jeden Bürger hineingeschrieben wird, nach dem kein Grund schwerwiegend genug ist, jemanden zu irgendeinem Zeitpunkt zu foltern.

Der O. I. P. der KPSp/ML sind bis heute folgende Tatsachen bekannt:

Carlos Hurtado Arias wurde in Madrid verhaftet, elf Tage in der DGS festgehalten. An

pelliert an die öffentliche Meinung, die Medien, an alle demokratischen Parteien und politischen Kräfte, an alle Personen, die ernsthaft an der Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten interessiert sind, dieses Vorgehen zu verurteilen, seine Untersuchung zu verlangen und die sofortige Freilassung der Verhafteten zu fordern.



Kundgebung gegen die monarchistische Verfassung in Madrid

Demonstration gegen die französische Kolonialherrschaft

Das Volk von Guadeloupe, seit Hunderten von Jahren der französischen Kolonialherrschaft unterworfen, durchlebt gegenwärtig eine sehr schwierige Zeit. Die französischen Kapitalisten wollen den Zuckerrohranbau vernichten, das heißt, die Monokultur, die dem Volk von den Kolonialherren selbst auferlegt wurde [Monokultur ist das einseitige Vorherrschen einer bestimmten landwirtschaftlichen Bodennutzung — RM]. Warum dieser Wandel? Der Zuckerrohrsektor interessiert die Kapitalisten nicht mehr. Einer der Gründe dafür ist die Tatsache, daß sich seit 1970 die armen Bauern, die Landarbeiter und die anderen Werktätigen Guadeloupes in kämpferischen Gewerkschaften zusammengeschlossen haben. Sie setzten der brutalen Ausbeutung durch die Grundherren und Kapitalisten Widerstand entgegen; sie kämpfen gegen die kolonialistische Herrschaft.

Sicher, der französische Imperialismus plant jetzt nicht, die Wirtschaft Guadeloupes umzuwandeln und die Monokultur aufzuheben. Seine Pläne entsprechen ganz seiner Ausbeuter- und Plündererlogik. Es geht darum, die Wirtschaft Guadeloupes noch mehr zu zerstören und das Zuckerrohr durch die Banane zu ersetzen.

Guadeloupe wird auch künftig keine eigene verarbeitende Industrie haben. Alles, aber auch wirklich alles, muß aus Frankreich importiert werden, zum größten Profit für die französischen Imperialisten. Guadeloupe wird weiterhin die Rolle eines Brückenkopfes für den französischen Handel mit den Antillen und Südamerika spielen. Um das zu erreichen, haben die französischen Imperialisten gerade 105 Milliarden Franc investiert für die Verwirklichung eines Projektes, das darin besteht, einen Umschlaghafen für die Karibik und Lateinamerika zu bauen. In einem Augenblick, wo die Krise des Weltimperialismus andauert und sich verschärft, wo die imperialistischen Mächte um neue Märkte streiten, um ihre Waren abzusetzen und um die Handelswege zu beherrschen, eröffnet dieses Projekt dem französischen Imperialismus wichtige Aussichten, der sich der Konkurrenz seiner deutschen, japanischen, britischen und amerikanischen Rivalen gegenübersieht...

Aber um dieses Projekt zu verwirklichen, das ihm neue Profite verspricht, muß der französische Imperialismus Guadeloupe natürlich fest im Griff haben. Er muß jedes politische Risiko auslöschen. Deswährend die Bevölkerung von Guadeloupe 320.000 nicht übersteigt.

Dies ist die Lage, in der der französische Imperialismus weiterhin dem Volk mit noch mehr Brutalität begegnen will als bisher. Im letzten September wurden die Führer von drei Gewerkschaften verhaftet (UGTG, UPG, SGEG). Der Widerstand des Volkes hat diesen Angriff zum Scheitern gebracht. Aber jetzt wird ein Angriff von weit größerer Tragweite vorbereitet, um die patriotische Bewegung in Guadeloupe und ihre Organisationen zu zerschlagen (UTGT, UPG, UTA, SGEG). Der Angriff richtet sich auch gegen die in Frankreich tätige AGEG — Generalunion der Studenten aus Guadeloupe. Angesichts dieser Unterdrückungswelle muß die französische Arbeiterklasse dem Volk von Guadeloupe aktiv Unterstützung gewähren. Darüberhinaus bedeutet die internationalistische Unterstützung eines Brudervolkes, das Opfer des Imperialismus wurde, einen Beitrag zu unserem eigenen Kampf um Befreiung. Denn indem er seine koloniale und neokoloniale Herrschaft auf den Antillen und in Afrika verstärkt, findet der französische Imperialismus ein Mittel, um sich zu stärken und die Bewegung der Arbeiterklasse in Frankreich selbst zu schlagen.

Wie die chinesischen Revisionisten Lenin verfälschen

Den folgenden Brief erhielten wir vor einiger Zeit von einer Genossin, die ihn im Namen einer Gruppe früherer Mitarbeiter und Sympathisanten der Gruppe Rote Fahne („KPD") geschrieben hat. Diese Genossen haben mit der GRF wegen deren Verrat völlig gebrochen und wollen auf diese Weise den Kampf gegen den Revisionismus unterstützen.

Ich bitte euch, den nachfolgenden Beitrag von mir zu einigen aktuellen Fragen im „Roten Morgen" zu veröffentlichen. Damit verbinde ich auch eine Kritik am „Roten Morgen", der meiner Meinung nach nicht gründlich genug den ideologischen Kampf gegen die modernen Revisionisten der neuen Führung der KP Chinas sowie ihre Wasserträger in unserem Land, das ZK der „KPD", geführt hat.

Man muß immer im Auge behalten, daß sich viele Menschen in den vergangenen Jahren mit Hilfe der „Peking Rundschau" und anderer Veröffentlichungen aus China fortschrittliche und revolutionäre Positionen angeeignet haben, und daß Tausende dieser Menschen heute den Machenschaften der neuen chinesischen Führung, ihren Täuschungsmanövern und Lügen hilflos ausgeliefert sind. Es reicht nicht aus, die neuen Parteiführer als das zu kennzeichnen, was sie sind: Revisionisten und Arbeiterverräter, sondern man muß es anhand ihres Verrats nachweisen.

System von Prämien für die erfolgreichste Arbeit und ***besonders für organisatorische*** *Arbeit verzichtet werden; Prämien werden im System des vollendeten Kommunismus unzulässig sein, aber in der Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Kommunismus kann man ohne Prämien nicht auskommen, wie das sowohl theoretische Erwägungen als auch die einjährige Erfahrung der Sowjetmacht zeigen."* (Lenin, Werke Bd. 29, S. 97/98).

Was macht daraus die chinesische Führung, um den materiellen Anreiz für die breite Masse der Arbeiter und Werktätigen als „leninistisch" zu rechtfertigen? Sie lassen einfach den ganzen ersten Teil der Ausführungen Lenins weg, in dem er präzisiert, wem die Prämien und der materielle Anreiz gelten und zitieren: *„... in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus kann man ohne Prämien nicht auskommen, wie das sowohl theoretische Erwägungen als auch die einjährige Erfahrung der Sowjetmacht zeigen."* (PR 16/78, S. 7).

Anreizes geködert, gespalten und gegeneinander gehetzt werden sollen, so kann uns das die chinesische Führung, wie es in dem Artikel versucht wird, nicht im Sinne dieser allgemein richtigen Prinzipien als „Fortschritt beim Aufbau des Sozialismus" verkaufen.

Sehen wir uns zunächst wieder einige Ausführungen in der „Peking Rundschau" an. Sie schreiben:

„Lenin hob hervor, ‚daß die Trusts und Betriebe gerade deshalb auf einer wirtschaftlichen Rechnungsführung aufgebaut sind, damit sie selbst verantwortlich sind, und zwar voll verantwortlich sind, für die verlustlose Arbeit ihrer Betriebe'. (An das Volkskommissariat für Finanzen, Lenin, Werke Bd. 35].

(...) Lenin sagte, wenn infolge verantwortungsloser Arbeit Betriebe schweren Schaden nehmen, dann ‚müssen sie ***gerichtlich belangt*** *und sämtliche Mitglieder ihrer Leitung zu* ***langfristigen Freiheitsstrafen*** *(vielleicht nach Ablauf einer bestimmten Frist mit Bewährung freilassen), zur* ***Konfiskation ihres gesamten Eigentums*** *usw. verurteilt werden'. (Ebenda).*

Unserer Erfahrung nach ist das von Lenin unterstrichene Prinzip, die wirtschaftlichen Resultate eines Betriebes mit den Interessen der Belegschaft und vor allem der Leiter

trächtlichen Ausmaß. *In wie großem Ausmaß, das wissen wir noch nicht.* ***Konzessionen an ausländische Kapitalisten ... Verpachtung an Privatkapitalisten*** *— das ist eben* ***eine direkte Wiederherstellung des Kapitalismus,*** *und das ist mit den Wurzeln der Neuen Ökonomischen Politik verbunden ..."* (Lenin, Werke Bd. 33, S. 44/45).

Nun sehen wir die oben aus der „Peking Rundschau" zitierten Ausführungen Lenins mit anderen Augen. Jetzt wird klar, wen Lenin meinte, als er von gerichtlicher Verfolgung, von Gefängnis und Konfiskation des Eigentums sprach. Unter den schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen der Sowjetunion war unter Kontrolle des proletarischen Staates der Kapitalismus in beträchtlichem Maße wieder eingeführt worden. Es gab Konzessionen und Verpachtungen an Privatkapitalisten. Es gab Betriebe, die Privatkapitalisten gehörten.

Der dritte Versuch des Herrn Deng

Das alles wissen auch die neuen chinesischen Führer und das weiß jeder im ZK der „KPD", und trotzdem stellen sie die Tatsachen auf den Kopf und versuchen, die Massen zu täuschen, indem sie vorgeben, daß es sich bei den zitierten Stellen Lenins um **allgemeingültige** marxistische Grundsätze handelt, die man eigentlich auch in China schon längst hätte zur Anwendung bringen müssen. Deshalb läßt die „Peking Rundschau" in dem Zitat aus dem Brief Lenins an das Volkskommissariat für Finanzen (siehe oben) den ersten Satz weg und beginnt erst im zweiten Satz zu zitieren. Der erste Satz lautet nämlich:

„Sie sagen mir, daß einige Trusts möglicherweise in nächster Zeit ohne Geld sein und uns ultimativ bitten werden, sie zu ***nationalisieren.****"*

Viele, die das in der „Peking Rundschau" gelesen hätten, hätten sich hier schon gefragt, warum es in der sozialistischen Sowjetunion kapitalistische Trusts gab. Jetzt könnte noch jemand einwenden, daß die Herren Deng und Hua vielleicht wirklich der Meinung sind, in China herrschten heute Zustände wie in der Sowjetunion im und nach dem Kriegskommunismus. Sieht man von dem Irrsinn einer solchen Annahme ab, bleibt immer noch die Frage: Warum verschweigen sie dann dem Volk, daß sie „in beträchtlichem Maße den Kapitalismus wiederherstellen"? Während der Phase der NEP war es eines von Lenins dringendsten Anliegen, die Massen über diese Tatsachen aufzuklären und auf die großen Gefahren dieses „notwendigen Rückzugs" immer wieder hinzuweisen.

Man kann es drehen und wenden wie man will, am Ende kommt die grüne kapitalistische Fratze zum Vorschein.

Heißt das nun, daß der materielle Anreiz und die Einsetzung von Betriebsdirektoren mit dem Sozialismus unvereinbar seien? Nein, denn beides gibt es z. B. im sozialistischen Albanien. Entscheidend ist, ob die kommunistische Partei am revolutionären Weg festhält. Die neue chinesische Führung hat kürzlich die revisionistische „Arbeiterselbstverwaltung" der Tito-Clique als Diktatur des Proletariats bezeichnet und damit ihre „neuen" Maßnahmen entlarvt.

Der materielle Anreiz wird revisionistisch, wenn er beim fortschreitenden Aufbau des Sozialismus nicht immer mehr eingedämmt, sondern im Gegenteil ausgedehnt, verstärkt und überbetont wird, wie es heute die neue chinesische Führung tut.

- **Ihr Ziel ist es, den Kapitalismus wiederherzustellen.**
- **Um das zu erreichen, müssen sie das Volk betrügen und behaupten, daß sie sozialistische Maßnahmen durchführen.**
- **Das „belegen" sie mit Lenin, der ja beim Volk große Achtung genießt.**
- **Sie verschweigen dabei, daß diese Maßnahmen, die Lenin in der NEP propagierte, zur „Wiedereinführung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaße dienten (nämlich als ein vorübergehender notwendiger Rückzug).**
- **Da diese Maßnahmen nun der Herstellung des Kapitalismus dienten, sind sie *heute* für die kapitalistischen Machthaber in China geeignete Maßnahmen, *wirklich* kapitalistische Verhältnisse in China herzustellen.**

Vielen geht es sicher wie mir, als Unorganisierte haben sie Schwierigkeiten, in die öffentliche Diskussion einzugreifen. Ich fordere euch daher auf, dafür in eurer Zeitung eine Rubrik zur Verfügung zu stellen.

In den „Peking Rundschau" (PR) der letzten Monate finden sich viele Artikel, die gekennzeichnet sind von dem Bemühen der neuen chinesischen Parteiführung, die massiven Angriffe auf die Diktatur des Proletariats und die Organe der Diktatur des Proletariats sowie die damit einhergehende rasante Wiederherstellung des Kapitalismus als einen „Fortschritt beim Aufbau des Sozialismus" darzustellen. Dazu verstecken sie sich hinter langen Lenin-Zitaten. Macht man sich die Mühe, diesen Dingen auf den Grund zu gehen, kommen unter den Arbeiterkitteln der Herren Deng und Hua die Pferdefüße hervor. Dazu zwei Beispiele:

Lenin und der materielle Anreiz

Zu dieser Frage führte Lenin aus:

„Die Steigerung der Arbeitsproduktivität bildet eine der grundlegenden Aufgaben, denn ohne sie ist der endgültige Übergang zum Kommunismus unmöglich. Die Erreichung dieses Ziels erfordert außer langwierigen Bemühungen um die Aufklärung der Massen und die Hebung ihres Kulturniveaus die unverzügliche, weitgehende und allseitige Ausnutzung der Spezialisten der Wissenschaft und Technik, die uns der Kapitalismus als Erbe hinterlassen hat und die naturgemäß von bürgerlichen Anschauungen und Gewohnheiten durchdrungen sind. (...) Wir streben die gleiche Entlohnung für jede Arbeit und den vollendeten Kommunismus an, doch können wir uns keinesfalls die Aufgabe stellen, diese Gleichheit im gegenwärtigen Augenblick, da lediglich die ersten Schritte zum Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus getan werden, unverzüglich zu verwirklichen. Darum ist es notwendig, den Spezialisten für eine gewisse Zeit eine höhere Bezahlung zu belassen, damit sie nicht schlechter, sondern besser arbeiten als früher; und aus eben diesem Grund kann auch nicht auf ein

Lenins Ausführungen stammen aus der Zeit um den VIII. Parteitag der KPdSU, der 1919 stattfand. In der Sowjetunion tobte der Krieg gegen die ausländische Intervention und gegen die Aufstände der von der Revolution gestürzten Ausbeuterklassen. Die Sowjetregierung hatte den „Kriegskommunismus" ausgerufen: eine Reihe von Maßnahmen, um die ungemein schwierige Landesverteidigung durchführen zu können (z. B. Ablieferungspflicht von überschüssigen Lebensmitteln, Arbeitsdienstpflicht für alle Klassen, Verbot des Privathandels). Die gestürzten Klassen kämpften mit Zähnen und Klauen. Unterstützt von plündernden Horden, die über die Grenzen strömten und vom Ausland finanziert waren, verübten sie Sabotageakte, mordeten, brandschatzten, schlachteten das Vieh, zerstörten die Ernten und Maschinen. Hunger, Kälte und Not waren die täglichen Begleiter der Arbeiter, Bauern und Soldaten.

Das war die Situation, in der die Spezialisten mit materiellem Anreiz „eingekauft" werden mußten und die Schwerstarbeiter eine Prämie erhielten, um sie vor dem Verhungern zu bewahren. Trotz dieser unvorstellbar schwierigen Bedingungen wurde jedoch der materielle Anreiz in der sozialistischen Sowjetunion unter Lenin und Stalin nie unter den breiten Massen der Arbeiter und Werktätigen eingesetzt. Im Gegenteil, gerade im Augenblick der größten Not, im „Kriegskommunismus", beantworteten die Arbeiter den Aufruf der Partei zur Rettung des Vaterlandes mit der Schaffung der **Subbotniks.** (Siehe hierzu den begeisternden Bericht von Lenin „Die große Initiative", Bd. 28, S. 397 ff).

Lenin und die Betriebsdirektoren

In dem Artikel „Wie stehen die Marxisten zur Frage der materiellen Interessen?" (PR 31/78) wird zunächst richtig ausgeführt, daß die Partei beim Aufbau des Sozialismus die persönlichen und materiellen Interessen der Werktätigen nicht ignorieren darf. Wenn nun heute in den chinesischen Betrieben die proletarischen Leitungs- und Verwaltungsorgane — die Revolutionskomitees — zerschlagen sind, wenn an ihre Stelle wie in der heutigen UdSSR Direktoren getreten sind und die Arbeiter mit Hilfe des materiellen

Betriebes mit den Interessen der Belegschaft und vor allem der Leiter dieses Betriebes zu verbinden, völlig korrekt." (PR 41/78), S. 8).

Unwillkürlich stutzt man hier: Lenin wollte sozialistische Betriebsleiter, die Fehler gemacht hatten, gerichtlich belangen, einkerkern, ihr Eigentum konfiszieren? Und: Über welches interessante Eigentum kann denn ein sozialistischer Betriebsleiter verfügen?

Die NEP

Lenin machte diese Ausführungen 1921/22 zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik (NEP). Um sie zu verstehen und einordnen zu können, ist es notwendig, sich mit der damaligen Situation vertraut zu machen. Stalin schreibt in der Geschichte der KPdSU (B), S. 300 ff. (Ich zitiere sinngemäß):

Der Übergang zum friedlichen Aufbau war sehr schwierig, da das Land durch den Krieg ruiniert war und die Wirtschaft befand sich in einem Zustand der Zerrüttung. Der Klassenfeind nützte die schwierige Situation und zettelte Aufstände an. Die Klassenbasis der Diktatur des Proletariats begann schwächer zu werden, die Arbeiterklasse bröckelte ab, ein Teil der Arbeiter wanderte ins Dorf, hörte auf, Arbeiter zu sein, verfiel der Deklassierung. Die Bauernschaft war durch den Krieg verelendet und hungerte. Die Bauern hatten die schweren Kriegslasten an der Seite der Arbeiter tapfer und mutig getragen. Jetzt erwarteten sie von den Kommunisten eine Verbesserung ihrer Lage. Es kam in einigen Gebieten zu Unruhen und das feste Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern geriet in Gefahr. Die sozialistische Umgestaltung auf dem Land war keine Sache, die von heute auf morgen aufgrund von Verordnungen durchgesetzt werden konnte, sondern erforderte einen langen ökonomischen und kulturellen Entwicklungsprozeß.

Auf Vorschlag von Lenin faßte die Partei in dieser Situation den Beschluß, mit Hilfe der Neuen Ökonomischen Politik die Wirtschaft anzukurbeln und eine Verbindung zwischen der bäuerlichen Kleinproduktion und der neuen sozialistischen Wirtschaft zu schaffen. Lenin schreibt dazu:

„Die Neue Ökonomische Politik bedeutet die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Steuer, bedeutet den Übergang zur Wiederherstellung des Kapitalismus in be-

Krieg Kambodscha — Vietnam

Phnom Penh in vietnamesischer Hand

Der Krieg zwischen Vietnam und Kambodscha hat sich in den letzten Tagen dramatisch zugespitzt und ist in eine entscheidende Phase eingetreten. Vietnamesische Truppen haben zusammen mit einer von Hanoi geförderten „Kambodschanischen Befreiungsfront" die Hauptstadt Phnom Penh eingenommen und kontrollieren jetzt einen großen Teil des Landes.

Die Regierung unter Führung von Pol Pot ist geflohen. Ein Teil der hohen Partei- und Regierungsfunktionäre Kambodschas soll kurz vor dem Fall Phnom Penhs zusammen mit chinesischen Diplomaten und Experten nach Peking ausgeflogen worden sein. Auf Antrag der kambodschanischen Regierung wird in dieser Woche die UNO über den Krieg zwischen den beiden indochinesischen Ländern beraten.

Worum geht es bei diesem Krieg zwischen zwei Ländern, die noch vor wenigen Jahren gemeinsam Opfer der blutigen amerikanischen Aggression waren, deren Völker Seite an Seite einen heldenhaften Kampf für die Vertreibung der Aggressoren geführt haben? Begonnen haben die Kämpfe schon kurz nach der Befreiung vom Joch des amerikanischen Imperialismus als Grenzgefechte, die sich dann Ende 1977 zu Panzerschlachten ausweiteten. Der Verlauf der Grenze ist zwischen den beiden Ländern strittig. Sie ist von den französischen Kolonialisten, die lange Zeit über Indochina herrschten, willkürlich und darüber hinaus in ihrem Verlauf nicht immer eindeutig festgelegt worden. So forderte zum Beispiel Pol Pot in einer Rede vom 12. April letzten Jahres das Recht Kambodschas auf eine Revision der Grenze.

Die fortschrittlichen Kräfte auf der ganzen Welt, die über Jahre mit allen Kräften den Befreiungskampf der Völker Indochinas gegen den amerikanischen Imperialismus unterstützten, haben die Entwicklung der Kämpfe an der vietnamesisch-kambodschanischen Grenze mit tiefer Besorgnis verfolgt. Für die berufsmäßigen Hetzer im Dienste des westlichen Imperialismus aber war der sich entwickelnde Krieg ein willkommener Anlaß für neue Propagandafeldzüge gegen den Kommunismus. Sie wollen daraus den „Beweis" zimmern, daß bewaffnete Auseinandersetzungen auch zwischen sozialistischen Ländern eine Gesetzmäßigkeit wären.

Einer solchen Hetze muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Es ist nur verständlich, daß in solchen komplizierten Fragen, wie den vom Kolonialismus hinterlassenen Grenzen, Widersprüche auftreten. Aber wahrhaft sozialistische Staaten werden solche Meinungsverschiedenheiten niemals mit Panzern und Bomben lösen, sondern durch geduldige, freundschaftliche Gespräche auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus. Das gegenseitige Hinschlachten von Brudervölkern ist mit dem Sozialismus völlig unvereinbar. Der Kampf für die Erhaltung des Friedens ist eines der höchsten Gebote für einen wahrhaft sozialistischen Staat.

Daß sich die Widersprüche zwischen Vietnam und Kambodscha zu einem mörderischen Krieg ausgeweitet haben, der die leidgeprüften Völker beider Länder schwer trifft, liegt nicht nur an dem Charakter und der Haltung der beiden Staatsführungen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Einfluß ausländischer Mächte. Es ist bekannt, daß Moskau und Peking einseitig und massiv jeweils eine Seite in dem Krieg unterstützen. Sie liefern Waffen und Militärberater, sie heizen bedenkenlos den Konflikt an. Keine der beiden Mächte hat den ernsthaften Versuch gemacht, auf Verständigung zwischen Vietnam und Kambodscha zu dringen. Im Gegenteil: Die Pekinger Revisionisten haben selbst bewaffnete Auseinandersetzungen mit Vietnam begonnen, sie haben gerade vor ein paar Tagen demonstrativ ihre Truppen an der vietnamesischen Grenze verstärkt und die Bevölkerung in den südlichen Provinzen dazu aufgerufen, sich auf die Möglichkeit eines Kriegs mit Vietnam einzurichten.

Moskau hat vor zwei Monaten einen sogenannten Freundschaftsvertrag mit Vietnam abgeschlossen, der dieses Land noch fester an den sowjetischen Machtbereich bindet. Der Vertrag enthält auch eine Klausel über die gegenseitige militärische Beistandspflicht, eine Vollmacht für Moskau, jederzeit in den bewaffneten Konflikt direkt einzugreifen. Hinter dieser aggressiven Politik der beiden Mächte steht ihr Bestreben, Südostasien unter ihre Kontrolle zu bringen. Deshalb schüren sie die Unruhe, versuchen sie, den anderen einzukreisen und zu isolieren, seine Verbündeten zu schwächen usw.

Es liegt auf der Hand, daß diese Politik nicht nur eine Gefahr für die Völker Indochinas ist und neues Leid für sie mit sich bringt. Sie ist zugleich eine ernste Verschärfung der Gefahr eines neuen Weltkriegs. Am Wochenende hat die mit den chinesischen Revisionisten verbundene amerikanische Supermacht zum ersten Mal offen und massiv für die kambodschanische Seite Partei ergriffen. Und in der proamerikanischen Militärregierung von Thailand ist darüber diskutiert worden, ob man dem vietnamesischen Vorrücken auf Phnom Penh nicht mit einem eigenen Blitzvorstoß nach Kambodscha hinein begegnen solle.

Wenn heute Indochina wieder zum Schauplatz eines blutigen Krieges und zum Gegenstand imperialistischer Aggressionen geworden ist, dann ist das für uns eine Verpflichtung, den Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber noch zu verstärken.

Mordfall Kennedy wird neu aufgerollt

Verschwörung bis ins Weiße Haus

Am 22. November 1963 wurde der ehemalige US-amerikanische Präsident Kennedy in Dallas/Texas ermordet. Heute, nach über 15 Jahren, sind jedoch Umstände und Hintergründe des Mordes immer noch nicht überzeugend geklärt. Die offizielle Version des Tathergangs war bisher die, daß ein Einzeltäter namens Lee Harvey Oswald das Attentat geplant und durchgeführt haben soll. Nun kann ein Sonderausschuß des US-amerikanischen Repräsentantenhauses nach zweijähriger Untersuchungsarbeit zu den Schluß, „daß Präsident John F. Kennedy wahrscheinlich als Ergebnis einer Verschwörung ermordet wurde".

Diese Ansicht ist — zumindest für einen großen Teil der US-amerikanischen Öffentlichkeit — nicht neu. Denn die Hinweise auf eine Verschwörung waren von Anfang an unübersehbar. So wurde der angebliche Attentäter Oswald, der die Schuld an der Tat im übrigen energisch bestritt, keine 48 Stunden nach Kennedys Tod seinerseits das Opfer eines

Die Ermittlungsbehörden in Dallas verkündeten schon eine halbe Stunde nach Oswalds Tod, daß er der alleinige Mörder Kennedys war. Die Beweisführung krankte jedoch an allzu offensichtlichen Widersprüchen, unbeweisbaren Behauptungen, unhaltbaren Konstruktionen. Nun wurde eine Kommission unter der Leitung des obersten Richters der USA, folgte, die in die Richtung einer Alleintäterschaft Oswalds wiesen; alle anderen wurden mehr oder weniger vernachlässigt. Zum Beispiel hat Oswalds Mörder Ruby dem Richter Warren bei einem Verhör erklärt, daß er bereit sei, das Komplott aufzudecken, wenn man ihn nur — zu seiner und seiner Familie Sicherheit — nach Washington brächte. Warren jedoch lehnte das Angebot ab.

Die systematische Vertuschung der wahren Hintergründe des Kennedy-Mordes geschah auf allerhöchste Anweisung. Der stellvertretende Justizminister schrieb in einem Brief an das Weiße Haus: „Die Öffentlichkeit muß überzeugt werden, daß Oswald der Mörder war und er bei einem Gerichtsverfahren verurteilt wor-


Nachtclubbesitzer Ruby erschießt den vermeintlichen Kenndy-Attentäter Oswald.

Verschleierungsbemühungen waren weiter ein Hinweis darauf, daß die Verschwörung bis in die allerhöchsten Machtstellen der USA reichte. Es gab jedoch auch konkrete Hinweise in dieser Richtung. Da war zum Beispiel der angebliche Täter Oswald selbst. Oswald hatte nachweislich Verbindung zum FBI und zum CIA gehabt; wahrscheinlich war er FBI-Agent gewesen und hatte im Dienst der US-amerikanischen Spionage gestanden.

Die jüngst bekanntgewordenen Untersuchungsergebnisse bestätigten nun offiziell, daß Kennedy tatsächlich einer Verschwörung zum Opfer gefallen ist. Akustikexperten wiesen anhand einer Tonbandaufnahme mit 95prozentiger Sicherheit nach, daß an dem Attentat vor über 15 Jahren zwei Schützen beteiligt waren, die zur gleichen Zeit aus verschiedenen Richtungen auf Kennedy gefeuert hatten. Im kommenden Frühjahr wird nun möglicherweise ein neues Ermittlungsverfahren in Sachen Kennedy eingeleitet werden. Ob dieses Verfahren jedoch die wahren Hintergründe und Umstände des Attentats ans Licht bringen wird, ist angesichts der offensichtlich in die Verschwörung verwobenen mächtigen Interessen mehr als fraglich. Und der Sonderausschuß des Repräsentantenhauses hat die Staatsorgane schon gegen mögliche Angriffe abgesichert. In seinem Bericht spricht er von vornherein den Nachrichtendienst CIA, das Bundeskriminalamt FBI und den Geheimdienst, dem die Bewachung des Präsidenten oblag, von jeder Schuld frei.

So dunkel die Affäre um den Tod des US-Präsidenten Kennedy bisher geblieben ist — und wahrscheinlich bleiben wird —, läßt sie doch eines erkennen: die Macht-, Verwaltungs- und Polizeiorgane der US-amerikanischen Supermacht sind ein Hort des im großen Stil betriebenen Verbrechens. In „Gottes eigenem Land", im Land der schnellen Dollars, der Riesentrusts und der Milliardäre, tobt hinter demokratisch aufgeputz-

Churchill plante Atomkrieg gegen die Sowjetunion

Winston Churchill hat im April 1948 die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens aufgefordert, einen Atomkrieg gegen die sozialistische Sowjetunion unter Stalins Führung zu entfesseln, solange diese noch über keine eigenen Kernwaffen verfügt. Dies geht aus geheimen Dokumenten des britischen Kabinetts und Außenministeriums hervor, die in der letzten Woche in London zur Veröffentlichung freigegeben wurden.


Churchill, zur Zeit des zweiten Weltkriegs britischer Premierminister, machte den Vorschlag als Führer der mittlerweile in die Opposition geratenen Konservativen Partei. Der Plan dieses kalten Kriegers sah vor, die Sowjetunion aufzufordern, Berlin und Ostdeutschland zu räumen. Falls — wie vorauszusehen war — die Sowjetunion sich weigern würde, sollte der atomare Schlag erfolgen.

Die nun ans Licht gelangten Atomkriegspläne Churchills sind ein empörendes Dokument der finsteren Absichten der westlichen Imperialisten. Sie

schen, kriegstreiberischen Pläne Churchills nicht zur Ausführung gelangten, ist nicht etwa einer Menschlichkeit der britischen und amerikanischen Regierungen zu verdanken, die den Vorschlag ablehnten. Der US-Botschafter in London, Lewis Douglas, formulierte die Gründe für eine Ablehnung so: Der Vorschlag sei ungeeignet, weil er voll „praktischer Schwächen" sei. Die „praktischen Schwächen", die die westlichen Imperialisten vor der Ausführung der Pläne zurückschrecken ließen, bestanden in Wirklichkeit in der gewachsenen Stärke des nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen sozialistischen Lagers, in der Kraft der Friedensbewegung auch in den imperialistischen Ländern. Ein nuklearer Schlag gegen die Sowjetunion Stalins, hätte für die Bosse in der Wallstreet und in London unabsehbare Folgen gehabt.

Menschenwürde

Der US-amerikanische Präsident Jimmy Carter hat sich vor der Weltöffentlichkeit als ein Verfechter der Menschenrechte aufgebaut. Man braucht indes gar nicht die mit US-Hilfe aufrechterhaltenen faschistischen Folterregime in Chile, Nicaragua, im Iran usw. zu betrachten, um zu erkennen, was hinter der angeblichen Menschenrechtsfassade steckt.

In den USA haben sich fünf weibliche Angestellte eines chemischen Betriebes sterilisieren lassen, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Der Fall ereignete sich in Willow Island in West Virginia im Unternehmen American Cynamid. Die Frauen arbeiteten dort in der Pigmentabteilung, wo sie mit größeren Mengen Bleistaub ständig in Berührung kamen. Der Bleistaub ist für Fötusse — ungeborene Kinder — gefährlich. Da die Frauen im gebährfähigen Alter waren — sie waren zwischen 26 und 43 Jahre alt — for-

Nachtclubbesitzer Ruby erschießt den vermeintlichen Kenndy-Attentäter Oswald.

Mordanschlags. Der Nachtbarbesitzer Ruby erschoß ihn, als er von einem Gefängnis zu einem anderen transportiert werden sollte. Die Motive für Rubys Tat sind bis heute unklar geblieben, doch ist zu vermuten, daß Ruby mit Oswald einen lästigen Mitwisser oder Zeugen beseitigen wollte oder sollte. In der Folgezeit verloren noch mehrere Personen, die mit dem Kennedy-Mord irgendwie — meist als Zeugen — in Verbindung standen, unter mysteriösen Umständen ihr Leben, durch Mord, „Selbstmord" oder „Verkehrsunfälle".

Earl Warren, eingesetzt, die im September 1964 ihren Bericht, den sogenannten Warren-Report, vorlegte. Dieser Warren-Report, der die Alleinschuld Oswalds bekräftigte, konnte jedoch die berechtigten Zweifel der Öffentlichkeit nicht ausräumen.

Es würde zu weit gehen, hier auf all die zahlreichen Widersprüche, offensichtlichen Vertuschungen und Verdrehungen, ungeklärten Fragen usw. einzugehen, von denen der Warren-Report strotzt. Festgehalten sei hier nur, daß die Kommission praktisch nur die Spuren verden wäre. (. . .) Spekulationen über Oswalds Beweggründe sollten abgeschnitten werden." Der Senator Schweiker erklärte 1974, daß es bis hinauf ins Weiße Haus eine Verschleierung der Mordumstände durch Lyndon Johnson, den CIA, das FBI das State Departement und sogar durch Justizminister Robert Kennedy, den Bruder des Ermordeten, gegeben habe.

Es war nicht zuletzt die bis in die höchsten Stellen hinein betriebene Verschleierung, die den Verdacht erhärtete, daß der Mord an Kennedy das Werk einer Verschwörung war. Die

hinter demokratisch aufgeputzter Fassade ein ständiger, erbitterter, mit allen Mitteln betriebener Kampf um Macht, Einfluß, Interessen und Geld — ein Kampf, gegen den sich die Intrigen und Meuchelmorde an den Fürsten-, Königs- und Kaiserhöfen des Altertums und Mittelalters wie Messerstechereien kleiner Gauner ausnehmen.

Warum aber auch sollten sich die Herren, die die Bevölkerung des eigenen Landes terrorisieren, die weite Teile des Erdballs mit Raub, Plünderung und Massenmord überziehen oder bedrohen, untereinander anderer Methoden bedienen?

westlichen Imperialisten. Sie zeigen, daß nicht etwa Humanismus oder Antifaschismus die Triebfeder ihrer Teilnahme am Kampf gegen den Hitler-Faschismus war: Männer wie Churchill strebten — nicht anders als Hitler — die Eroberung neuer Gebiete und Einflußsphären unter Einsatz aller Mittel, die Schwächung und Vernichtung des Kommunismus und seines Zentrums, der Sowjetunion, an. Und die westlichen Imperialisten waren es, die die Nachfolge und das politische Erbe der Hitler-Faschisten angetreten hatten.

Daß die völkermörderi-

schen 26 und 43 Jahre alt — forderte die Direktion sie auf, ihren Arbeitsplatz zu verlassen. Die Möglichkeit, eine andere Arbeit in dem Werk aufzunehmen, bestand für die Frauen jedoch nicht. Ihnen drohte so die Arbeitslosigkeit — außer, sie ließen sich sterilisieren, und sie ließen sich sterilisieren.

Wo der Kapitalismus herrscht, das System des Profits, der Ausbeutung und der Arbeitslosigkeit, ist das Gerede von Menschenrecht und Menschenwürde, womit sich die Verantwortlichen bisweilen schmücken, nichts als ein verlogenes Geschwätz.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, [illegible] Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 76, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthen-[illegible], Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: [illegible]/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 11.00-18.00 Uhr, Mi 15.00-18.00 Uhr und Sa 10.00-13.00 Uhr